

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Adressen für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Spadischer

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Oktober 1931.

Abgewehrt.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag.

SPD. Der Ansturm des Faschismus auf die Staatsgewalt ist wieder einmal abgeschlagen. Die Harzburger Inflations- und Katastrophenfront hat ihren Marsch auf Berlin abblasen müssen. Der Reichstag will keinen faschistischen Reichskanzler. Das Parlament zeigte sich lebens- und kampffähiger, als seine Gegner glaubten. Mit 294 gegen 270 Stimmen siegte die Vernunft über die zerstörende Gewalt. Das ist keine geschlossene Mehrheit für den Reichskanzler und jede Linie seiner Politik. Es ist ein Notblock gegen das Unheil der heranbrausenden Faschistenbarbarei.

Parlamentarisch bleibt der Faschismus weit vom Ziel. Rechnet man von den 270 Oppositionsstimmen die 78 Kommunisten und die 6 Mitglieder der Rosenfeld-Gruppe ab, so bleiben unter Berücksichtigung von fehlenden Abgeordneten höchstens 190 Stimmen für den Willen zum Faschismus übrig, also nur etwa ein Drittel des Deutschen Reichstages. Eine parlamentarische und ausserparlamentarische Gefahr bedeutet der Faschismus nur, weil die Kommunisten und neuerdings die kleine sozialistische Splittergruppe ihre Stimmen mit dem Faschismus gegen den Staat vereinen.

An der allgemeinen Aussprache des Tages beteiligte sich die Sozialdemokratie nicht mehr. Sie liess nur durch den Abgeordneten Sollmann eine kurze Erklärung abgeben, die sofortige Abstimmung ohne Ausschussberatung forderte über folgende drei sozialdemokratische Anträge: Ablehnung aller Pläne, die auf Beseitigung und Aushöhlung des Tarifrechts gerichtet sind, Bewilligung einer zusätzlichen Winterhilfe für die Notleidenden und vor allem eine Ermächtigung an die Länder zur Neuregelung der Fürstenabfindung, zumal gegen unerhörte Gerichtsurteile zugunsten abgedankter Fürsten und Standesherrn.

Sonst war der Tag mit Reden der Christlichsozialen gegen die Nationalsozialisten, mit einer ganz und ausschliesslich gegen die Sozialdemokratie gerichteten Rede des Abg. Rosenfeld und mit Erklärungen zur Abstimmung ausgefüllt. Die mit allerlei Verrenkungen zustimmende Erklärung der Wirtschaftspartei erregte manchen erheiternden Zuruf. Auch die Wirtschaftspartei ist voll Beklemmungen über den Einfluss der Sozialdemokratie. Es ist eben so, dass die SPD nicht nur geduldet, sondern auch abgewehrt hat.

Darum machte sie auch das faschistisch-kommunistische Spiel, die Notverordnungen in Bausch und Bogen durch Parlamentsbeschluss aufzugeben, nicht mit. Sie stimmte diese Anträge nieder. Allgemeine Aufhebung der Notverordnungen ist keine Verbesserung der sozialen Lage, sondern bringt nur eine faschistisch-hochkapitalistische Regierung mit viel schlimmeren Diktaturmassnahmen. Die Sozialdemokratie geht den anderen Weg. Sie verlangte und erreichte Ausschussberatung der Abänderungsanträge. Der Reichskanzler sagte Entgegenkommen zu. Man entdeckte übrigens zum zweitenmale bei Brüning rednerisches Temperament, das man ihm nicht zugetraut hätte. Der Mann wächst. Auch wir tun gut, mit dieser Zunahme an Autorität zu rechnen.

Am Abend schon nach den allgemeinen politischen Abstimmungen wurde die Sitzung dramatisch. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen erklärten wie damals am 10. Februar ihren Auszug aus dem Parlament. Sie hätten der Regierung kein Ende bereiten können und darum setzten sie ihre parlamentarische Tätigkeit nicht fort. Für die Sozialdemokratie nahm daraufhin der Abgeordnete Sollman das Wort, um vor dem Lande festzustellen, dass der Auszug der Nationalsozialisten lediglich eine Flucht vor den sozialdemokratischen Anträgen sei. Die Nationalsozialisten wagten nicht, für die Aufrechterhaltung des Tarifrechts und für eine Neuregelung der Fürstenabfindungen zu stimmen. Darum diese Flucht aus dem Parlament. Hätte doch auch schon Frick in seiner ersten Erklärung zur politischen Debatte auf alle aussenpolitischen Forderungen der Nationalsozialisten verzichtet. Die Flucht der Nationalsozialisten aus dem Parlament zeige, dass sie nicht wagten, gegen ihre kapitalistischen und prinzlichen Protektoren zu handeln. Die Deutschnationalen schlossen sich dem Auszug der Nazis an.

Vor der Abstimmung über die zahlreichen Anträge wurde eine einstündige Pause eingelegt. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung wurden den zuständigen Ausschüssen zahlreiche Anträge überwiesen. Die kommunistische Entschliessung, die die Reichsregierung auffordert, die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers B vorzunehmen, wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen.

Um 9 Uhr dauert die Sitzung noch an.

SPD. Prag, 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

Die tschedhische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Der Entwurf sieht die Einführung der Fünftageswoche ohne Kürzung der Löhne bzw. Gehälter vor. Anstelle der bisherigen 48 Stundenwoche tritt eine 40 stündige Arbeitswoche. Auch in den Betrieben, in denen noch 6 Tage gearbeitet wird, darf die Arbeitswoche nicht mehr als 40 Stunden betragen.

SPD. Madrid, 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

In Valladolid kam es am Freitag zu einem schweren Zusammenstoss zwischen Republikanern und Frauen, die klerikale Flugblätter verteilten. Insgesamt wurden 18 Personen zum Teil schwer verwundet.

In Bilbao versuchten Arbeiter zwei Klöster anzuzünden. Die Klöster wurden daraufhin unter polizeilichen Schutz gestellt.

SPD. Budapest, 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das demokratische Abendblatt "Az Est" bestätigt, dass Matuschka Mitglied einer Terrororganisation war. Er hat u. a. an dem sogenannten westungarischen Aufstand und dem Einbruch der ungarischen Terrortruppen ins Burgenland im Jahre 1921 teilgenommen.

SPD. In Italien wurden im September nach offiziellen Angaben 750 000 Arbeitslose gezählt. Im August betrug die Arbeitslosenziffer 693 000.

SPD. Kassel, 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

Am Freitag morgen um 3 Uhr wurde auf das Geschäftsgebäude des "Kasseler Volksblatt" ein Bombenattentat verübt, das glücklicherweise nur Sachschaden anrichtete. In den Läden der Buchhandlung wurde ein Sprengkörper geschleudert, der unter heftigem Knall explodierte. Die Sprengkraft der Bombe war so gross, dass grosse Mauersteine herabgerissen wurden und grosse Scheiben in Trümmer gingen. Ein Stück des Sprengkörpers flog in die Decke der Buchhandlung und riss dort ein faustgrosses Loch. Die Auslagen des Ladens, der zurzeit eine wirkungsvolle Ausstellung der Zeutschel-Broschüre "Im Dienste der kommunistischen Terrororganisation" enthält, wurden zum Teil vollkommen zerfetzt. Ein Splitter des Sprengstückes flog 25 Meter über die Strasse und schlug in das Fenster einer Wohnung.

Gleichzeitig erhielt die Redaktion des "Volksblatt" am Freitag morgen einen Drohbrief, der mit RFB unterschrieben war. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sich andere politische Gegner die Maske des Kommunismus zulegen und unter dieser Maske das Attentat verübt haben.

SPD. Das Abstimmungsergebnis des Reichstags über die Misstrauensanträge gegen das Gesamtkabinett hat bei der endgültigen Zählung noch eine Korrektur für die Regierung erfahren. Es sind 295 Stimmen für die Regierung abgegeben worden, sodass die Mehrheit 25 Stimmen beträgt.

Der Reichstag wies bei den Abstimmungen am Freitag eine Besetzung auf, wie sie noch nicht dagewesen ist. Von den 577 Abgeordneten sind 571 anwesend gewesen, nur 6 haben gefehlt. Die Fehlenden waren bei den Sozialdemokraten der preussische Ministerpräsident Dr. Braun, bei den Kommunisten die Abgeordneten Maddalene und Kreutzburg, bei der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Curtius und Dauß und bei der Wirtschaftspartei der Parteivorsitzende Dr. Bredt. In allen diesen Fällen lagen Krankheit oder andere unüberwindbare Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christlichsozialen, der Bayerischen Volkspartei, des Landvolks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthalten haben sich bei der Abstimmung die drei Deutsch-Hannoveraner. Bei der Deutschen Volkspartei haben fünf Abgeordnete gegen die Misstrauensanträge gestimmt, und zwar die Abgeordneten Dr. Kahl, Glatzel, Thiel, Dr. Kallo und Dr. v. Kardorff. Die Abgeordneten Dr. Moldenhauer und Dr. Schneider-Dresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Dorsch-Hessen für die Misstrauensanträge gestimmt. Der Abgeordnete Schlange hat gegen die Misstrauensanträge gestimmt, der Abgeordnete Dorsch hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Misstrauensanträge gestimmt.

SPD. Segeberg/Holst., 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

In Kattendorf befindet sich eine Art SA-Schule, die eine Belegschaft von 80 Mann hat. Die Leute werden dort ausgebildet, verpflegt und erhalten ein Taschengeld von 15 Pfennigen pro Tag. In ihrer Freizeit müssen sie bei den Nazi-Bauern der Umgegend Erntearbeiten leisten, wofür sie pro Tag 50 Pfennige Lohn erhalten. Offenbar ist das die Lohnpolitik des Dritten Reiches.

SPD. Genf, 16. Okt. (Eig. Drahtb.)

Amerika nahm am Freitag zum ersten Male an den Verhandlungen des Rates zur Beilegung des Konflikts in der Mandschurei teil. Es ist durch seinen Gesandten in Brüssel Gilbert vertreten.

In der Freitag-Nachmittagssitzung des Rats begrüßte Briand das Erschei-
nen Gilberts und bezeichnete es als ein weltgeschichtliches Ereignis von gros-
ser Tragweite. Gilbert verlas dann unter tiefster Stille des überfüllten Saa-
les eine amerikanische Botschaft, wonach sich die amerikanische Regierung
mit Massnahmen, die der Rat aufgrund des Völkerbundspaktes vorschlagen könne,
nicht befassen werde. Aber der Briand-Kellogg-Pakt sei in der Meinung Ameri-
kas ein Instrument zur Verpflichtung der ganzen Welt zur friedlichen Regelung
von Konflikten. Die Verbindung zwischen Völkerbund und dem Kellogg-Pakt sei
daher gegeben zur gemeinsamen Beratung des vorliegenden Falles. Die Mitglieder
des Rates bewillkommneten darauf Amerika am Ratstisch. Nur der Vertreter Japan
blieb stumm. Nach Gilberts Dank für den Empfang wurde die Sitzung vertagt.

Am Sonnabend beginnen die geheimen Verhandlungen unter Teilnahme des ame-
rikanischen Vertreters über ein vorläufiges Kompromiss.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "In letzter Zeit ist eine "Arbeitsgemein-
schaft zukünftiger Soldaten, Sitz Rostock in Mecklenburg" mit Aufrufen an
die Öffentlichkeit getreten. Sie gibt an, unter Billigung des Reichswehrmini-
steriums junge Leute, die die Absicht haben, Soldat zu werden, durch Anferti-
gung von Gesuchen, Erteilung von Ratschlägen und Veranstaltung pfadfinderi-
scher Übungen beraten zu wollen. Das Reichswehrministerium hat die Gründung
dieser Arbeitsgemeinschaft nicht gebilligt. Es hält einen solchen Verein für
überflüssig. Bewerber, die sich der Vermittlung eines solchen Vereins bedie-
nen, haben eine besondere Berücksichtigung nicht zu erwarten."

SPD. Rom, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Papst hat den Nuntius in Madrid beauftragt, mit aller Energie gegen
die Massnahmen der spanischen Regierung gegen die Kirche zu protestieren. Der
Papst hat zugleich der Hoffnung Ausdruck geben lassen, dass er eine Wiedergut-
machung auf gesetzlichem Wege erwartet und die Kirche durch gesetzliche Mass-
nahmen vor weiteren Schäden bewahrt werde.

SPD. Liegnitz, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Liegnitzer Schöffengericht verurteilte den vorbestraften
Naziredner und Organisationsleiter Friedrich Wilhelm Luett wegen fortge-
setzter Beleidigung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann in Bres-
lau zu 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis. Ausserdem wurde auf Publi-
kationsbefugnis erkannt.

Luett hat den Oberpräsidenten in Nazi-Versammlungen wiederholt in der ge-
meinsten Weise beschimpft.

SPD. Braunschweig, 16. Okt. (Eig. Dr.)

Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Braunschweig, und der Allge-
meine Deutsche Gewerkschaftsbund in Braunschweig sandten am Freitag abend
folgendes Telegramm an den Reichsinnenminister:

"In Braunschweig sind alle öffentlichen Aufzüge republikanischer Organisa-
tionen verboten. Braunschweigische Regierung hat jedoch für Sonnabend und
Sonntag Aufmarsch von 30 000 SA-Mannschaften gestattet. Polizei lässt bewaffnete
Hitlerleute gewähren. Vom braunschweigischen Innenminister kann Schutz der frie-
lichen Bevölkerung nicht erwartet werden. Erbitten sofortiges Eingreifen."

SPD. London, 16. Oktober (Eig. Drahtp.)

Die erste Phase des englischen Wahlkampfes ist mit der Ernennung der Kandidaten am Freitag abgeschlossen worden. Um die 612 Parlamentssitze bewerben sich etwa 1300 Kandidaten, davon entfallen ungefähr 525 auf die konservative und etwa ebenso viel auf die Arbeiterpartei. Den Rest stellen die Liberalen und verschiedene Splitterparteien, die sich nach dem Aufruf zur nationalen Einigkeit in England gebildet haben. 64 Kandidaten können sich bereits als gewählt betrachten, da sie keinen Gegenkandidaten haben. Darunter befindet sich Baldwin. Sie gehören meistens den Gruppen an, die die "nationale Regierung" unterstützen.

Der Wahlkampf ist bisher sehr flau gewesen. Dafür war die Tätigkeit hinter den Kulissen umso lebhafter. Was MacDonald nicht gelungen ist, haben die lokalen Parteiorganisationen fertiggebracht, eine Einheitsfront herzustellen, sodass in nur wenigen Wahlkreisen konservative, liberale oder nationale Labour-Kandidaten sich bekämpfen. Das ist jedoch keineswegs einer wirklichen Einigkeit über bestimmte Ziele zu verdanken, sondern der Furcht davor, dass die Kandidaten der Arbeiterpartei in den betreffenden Wahlkreisen aus der Spaltung der Stimmen dieser Gruppen der "nationalen Regierung" den Vorteil ziehen könnten. Die Parole, die MacDonald nicht gefunden hat, ist damit gegeben. Sie lautet: Kampf gegen die Arbeiterpartei. Das ist das einzige Bindemittel zwischen den Gruppen der "nationalen Regierung".

Die Propaganda gegen die Arbeiterpartei wird mit allen Mitteln geführt. Die Arbeiterpartei, die immerhin einen grossen Prozentsatz der englischen Bevölkerung umfasst, wird als eine Gefahr für das Pfund und die Nation hingestellt und sozusagen aus der Nation herausgedrängt. Der ehemalige Führer MacDonald steht darin nicht hinter den Konservativen zurück. Er hat sich am Freitag die Geschmacklosigkeit geleistet, als Kautionspfand für seine Kandidatur, die jeder Kandidat in England zu hinterlegen hat, 60 000 Inflationen anzubieten; den Wochenlohn eines deutschen Arbeiters während der Inflation, um darzutun, was seinen Wählern bevorsteht, wenn sie seinen Gegenkandidaten von der Arbeiterpartei wählen. MacDonald ist sich offenbar nicht klar darüber, dass die 150 Pfund, die er nach Ablehnung seiner deutschen Inflationen zahlte, heute statt 3 000 nur noch 2 500 Reichsmark wert sind, und dass er selbst, bevor er die Segnungen des nicht mehr an das Gold gebundenen Pfundes entdeckte, prophezeite, dass das Pfund denselben Weg nehmen werde wie die Mark in der Inflation, wenn der englische Goldstandard aufgehoben werde. Dies ist mittlerweile geschehen und man kann England nur wünschen, dass die Prophezeiung seines "nationalen" Führers nicht in Erfüllung geht.

Abgesehen von dem Kampf gegen die Arbeiterpartei ist bisher kein Ziel der "nationalen Regierung" zu erkennen, wenigstens kein einheitliches. Wenn man den lautesten Stimmen glauben soll, so ist das Ziel der Schutzzoll. Der Führer der Liberalen Sir Herbert Samuel muss es in seinem eigenen Wahlkreis jeden Tag aus dem Munde seines konservativen Gegenkandidaten hören. Da dort kein Kandidat der Arbeiterpartei gefährlich werden kann, haben die Konservativen dem freihändlerischen Sir Herbert einen protektionistischen Kandidaten gegenübergestellt. Damit ist die Lage der liberalen Partei deutlich gekennzeichnet. Was Sir Herbert Samuel in seinem Wahlkreis passiert, das wird den Liberalen in der Regierung und im Parlament passieren, wenn die Konservativen die von ihnen erhoffte Mehrheit erlangen. Wenn sie nicht, wie Sir John Simon und seine kleine Gruppe liberaler Abtrünniger, den Zöllen zustimmen, haben sie es mit der Feindschaft der mächtigen Konservativen zu tun. Zu spät erkannte Sir Herbert Samuel und die freihändlerischen Liberalen, die ihm gefolgt sind, was Lloyd George von Anfang an gesagt hat, dass nämlich die freie Hand, die sich MacDonald durch die Wahlen vom Land geben lassen will, eines Tages zu nichts anderem dienen werde, als die konservative Schutzzollpolitik durchzuführen. Lloyd George hat deshalb auch in seinem Wahlauftritt seinen Wählern em-

pfahlen, in allen Wahlkreisen, in denen kein freihändlerischer liberaler Kandidat aufgestellt ist, den Labour-Kandidaten zu wählen, da die Labour Party für den Freihandel eintritt.

SPD. Schwerin, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Mecklenburg droht eine Regierungskrise. Die Nationalsozialisten haben der Rechtsregierung die weitere Unterstützung gekündigt. Ein Misstrauensantrag der Nazis gegen die Rechtsregierung liegt bisher jedoch noch nicht vor.

SPD. Essen, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Für die Lieferung der Erwerbslosenkohle hat das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat Richtlinien bekannt gegeben. Die verbilligte Kohle wird von den Lägern der Mitgliedszechen abgegeben. Zur Lieferung gelangt nur Kohle, wie sie auf Zechenlager liegt, in der Hauptsache Nuss- und Mischkohle I bis IV. Der einheitliche Syndikatspreis ab Zeche ist, nachdem auch noch die Syndikatshandelsgesellschaften auf ihre Handelsvergütung verzichtet habe, auf 10 Mark pro Tonne oder 50 Pfennig pro Zentner festgesetzt. Feinkohle der Fett- und Gasflammkohlenruben kann auf Wunsch nach besonderer Vereinbarung zum Syndikatspreis von 8 Mark pro Tonne oder 40 Pfennig pro Zentner bezogen werden. Die Kohlenhändlerverbände haben sich zu einer erheblichen Verminderung des Kleinhandelsaufschlages bereit erklärt. Die Lieferung der Erwerbslosenkohle erfolgt lediglich durch die vorhandenen Absatzorganisationen. Sie sollen von den Arbeitsämtern und Bezirksfürsorgeverbänden betreuten Arbeitslosen und laufend unterstützten Hilfsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden, soweit sie einen eigenen Hausstand haben.

Mit der Ausgabe der verbilligten Erwerbslosenkohle wird Anfang November begonnen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Rund um Sklareks.

Seltsame kaufmännische Methoden. - Decken der Nächstenliebe. - Wer übervorteilte wen ?

SPD. Es ist für die Grosse Strafkammer beim Amtsgericht Berlin-Mitte, aussergewöhnlich schwer, Klarheit über den gewaltigen Komplex der Geschäfte der Brüder Sklarek mit der Stadt Berlin zu schaffen. Der aktivste Vertreter der Stadt Berlin war in dieser Angelegenheit der bis jetzt sehr schwer belastete Herr Kieburg, der Direktor der KVG. und BAG. Herr Kieburg ist aber gestorben. Und auf der Seite der Sklareks sind es nicht so sehr die Angeklagten Willi und Leo Sklarek gewesen, die das Geschäftliche regelten und die Verträge abschlossen, sondern hierfür war - wenigstens nach den bisherigen Aussagen - Max Sklarek zuständig: Max Sklarek, mit dem sich die Brüder schlecht standen, sogar schlugen und der ohne sie zu fragen, ein Jagdschloss für 300 000 Mark kaufte. Der Angeklagte Max Sklarek liegt im Sterben.

Nach wie vor stehen Leo und Willi Sklarek auf dem Standpunkt, dass die Anklageschrift in allen wesentlichen Punkten unrichtig ist. Ebenso wird von den anderen mitangeklagten Beamten oder in Beamteneigenschaft tätigen Magistratsmitgliedern der Vorwurf der Bestechung zurückgewiesen. Dass es bei den städtischen Gesellschaften KVG und BAG zu enormen Verlusten gekommen ist, erklären sämtliche Angeklagte mehr oder minder deutlich mit den - heute buchmässig nur sehr schwer zu beweisenden - betrügerischen Manipulationen des verstorbenen Direktors Kieburg. Die angeklagten städtischen Funktionäre ergänzen hierzu noch, dass sie sehr lange Zeit zu Kieburg das vollste Vertrauen besessen hätten. Vor allem fehlten ihnen aber die notwendigen kaufmännischen Kenntnisse, die zur Kontrolle von Unternehmen mit 17 Millionen Mark Jahresumsatz, wie es BAG und KVG gewesen sind, notwendig sind. Herr Gaebel, der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats der BAG, liefert hierfür vor Gericht klassische Beweise. Er gibt zu, dass ihm der (gleichfalls verstorbene) Magistratsrat Schalldach bei Amtsübernahme erst die Bedeutung der einzelnen kaufmännischen Ausdrücke erklärt habe.

Kurz nachdem 1926 Herr Gaebel sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der BAG übernommen hatte, war eine seiner ersten Amtshandlungen die Unterzeichnung eines Monopolvertrages der BAG mit der Firma Sklarek. Nach diesem Vertrag sollten die Sklareks den gesamten städtischen Deckenbedarf für drei Jahre befriedigen. Gaebel: "Als ich diesen Vertrag unterzeichnete, wusste ich nicht, dass er nicht durchzuführen war. Kieburg hat mich getäuscht."

Deckengeschäfte sind überhaupt eine Spezialität dieses Prozesses. Schon im Jahre 1924 sind von den Sklareks so viel Decken geliefert worden, dass mit dem vorhandenen Bestand zusammen der Bedarf der Stadt Berlin auf 5 (!) Jahre gedeckt war. Leo Sklarek: "Ich wusste ja, was los war. Bei der BAG war ein Defizit von 400 000 Mark, das mussten wir übernehmen. Wir taten das auch und sollten weitere Aufträge als Entschädigung bekommen. Die Aufträge wurden auch erteilt, aber später von Obermagistratsrat Schalldach wieder gestrichen. Das Defizit ist zu unseren Lasten geblieben."

Im zweiten BAG.-Vertrag von 1926 ist u.a. der Passus enthalten, dass die Sklareks an die Stadt Berlin 100 000 Mark zurückzuzahlen hätten. Die angeklagten Sklarek sagen nun heute aus, dass das nur eine formal buchmässige Forderung gewesen sei; tatsächlich hätten sie niemals zuviel Geld von der BAG erhalten. Das Auftauchen dieser Summe sei so zu erklären, dass die Brüder Sklarek

einen Auftrag über 500 000 Mark hätten ausführen sollen, dann aber nur einen über 400 000 Mark bekommen hätten. Bei der Vertragsausfertigung, die dem Magistrat der Stadt Berlin überreicht wurde, fehlt merkwürdigerweise jede Angabe über diese 100 000 Mark....

Noch eine andere Falschbuchung wird festgestellt. Als die städtischen Revisionsinstanzen die Bücher prüften, stellte sich heraus, dass das BAG-Konto der Brüder Sklarek mit 320 000 Mark zu viel belastet worden war. Willi Sklarek behauptet nun, dass er sich seinerzeit zu dieser Falschbuchung auf Veranlassung Kieburgs bereiterklären musste, weil Herr Kieburg dadurch erreichen wollte, dass die BAG aktiv dasteht. Willi Sklarek: "Und mir war daran gelegen, die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten."

Um der "guten Beziehungen" willen wollen sich die Brüder Sklarek auch bereitgefunden haben, bei Abschluss des ersten Vertrages mit Kieburg im Jahre 1924 ein grosses absolut minderwertiges Warenlager aus städtischem Besitz zu übernehmen. Sie liessen es bei einer einfachen Reklamation bei der Städtischen Hauptprüfungsstelle bewenden, weil sie hofften, "später durch gute Aufträge entschädigt zu werden." Eine solche Hoffnung sei umso berechtigter gewesen, als Kieburg zu ihnen gesagt habe, "wir sind doch so gut wie verwandt zusammen." Uebrigens mussten sich die Sklareks verpflichten, die von der Stadt gelieferte minderwertige Ware nicht in Berlin weiter zu verkaufen. Nachweisbar ist diese Verpflichtung von den Sklareks in einem Falle verletzt worden. Die Beziehungen zur Stadt wurden dadurch nicht ernstlich getrübt.

Auch an dieser Stelle der Verhandlungen machen die Brüder Sklarek ihrem Zorn auf Kieburg Luft. Sie glauben Grund zu der Annahme zu haben, dass Kieburg vor Abschluss des Vertrages sogar noch extra schlechte Ware aufgekauft habe, um sie ihnen anzudrehen. Die gute Ware, über die die Stadt ursprünglich verfügt hätte, sei von Kieburg weiterverschoben worden. Dass sie selbst mit geradezu unabsetzbaren Schund beliefert worden seien, gehe auch aus der eidlichen Aussage Schalldachs vor dem Landtagsausschuss hervor.

Das Gericht versucht nun festzustellen, warum so lange Zeit hindurch niemand gegen Kieburg vorging. Leo Sklarek sagt hierzu: "Wir sind mit unseren Beschwerden zu Herrn Schalldach gegangen, der war zuständig. Aber wer wagte gegen Kieburg vorzugehen?" Willi Sklarek: "Als ich Kieburg einmal Vorhaltungen machte, sagte er zu mir: Der Oberbürgermeister soll mir was tun - dann sitzen sie aber alle im Gefängnis!" Gaebel: "Ich habe Böss gesagt, was ich von Kieburg halte. Böss fragte mich, ob ich denke, dass sich Kieburg mit der Entlassung beruhigt. Ich habe das nicht verstanden. Die Verfehlungen Kieburgs wurden in allen Instanzen besprochen. Dass aber doch nicht gegen Kieburg vorgegangen wurde, war die Folge von Kollektivbeschlüssen." Willi Sklarek: "Herr Kieburg hat dann selbst Strafanzeige gegen sich erstattet. Erfolgt ist nichts." Und soweit das Gericht in der Eile feststellen konnte, ist das Verfahren gegen Kieburg wieder eingestellt worden.

+ + +

Die Calmette-Kulturen.

Altstaedt präzisiert seine Aussagen. - Die erste Vernehmung Deykes.

SPD. Lübeck, 16. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Lübecker Calmette-Prozess wurde dem Angeklagten Dr. Altstaedt am Freitag von R.-A. Dr. Wittern ein Aufsatz aus der "Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung", dem "Zentralorgan des Vereins der durch Aerzte Geschädigten" vorgehalten. In diesem Aufsatz aus dem Februar 1930, dessen Ueberschrift lautete "In Lübeck sollen Kinder durch die Calmette-Impfung sterben", wird aus Anlass des vom Gesundheitsamt Lübeck an die Presse gesandten Berichtes eindringlich vor dem Calmette-Verfahren gewarnt. Der Artikel, in dem die Calmette-Impfung als Vergiftung und Verseuchung hingestellt wird, soll zufolge einer vom Gerichtsvorsitzenden verlesenen Eingabe des Kieler Verlegers der genannten

Zeitschrift an das Lübecker Gesundheitsamt geschickt worden sein. Dr. Altstaedt behauptete, der fragliche Aufsatz sei nicht in seine Hände gelangt. Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Dr. Wittern dem Angeklagten Dr. Altstaedt nochmals die Frage vor, warum er vor Ausgabe des Impfstoffes keine Tierversuche angestellt habe, obwohl er wusste, dass Professor Deyke zur Unterhaltung und Weiterverimpfung der Kulturen andere als von Calmette vorgeschriebene Nährböden verwandte. Da der Angeklagte diese Frage anders beantwortete als bei früheren Vernehmungen, der genaue Wortlaut der jetzigen Angaben aber für das Urteil von grösster Bedeutung ist, ordnete der Vorsitzende die vollständige Niederschreibung und Verlesung dieses Teils der Aussage an. Sie lautet: Ueber die Frage, was mir darüber bekannt gewesen ist, auf welchen Nährböden Herr Professor Deyke in seinem Laboratorium die aus Paris bezogenen Kulturen fortzuchtete, insbesondere auf die Frage, auf welchen Nährböden er die Kulturen fortzuchtete, auf denen die späteren Emulsionen hergestellt werden sollten, ist mir vor der Entscheidung des Herrn Senator Mehrlein, dass das Mittel zur Anwendung empfohlen werden sollte, bekannt gewesen, dass die aus Paris stammende Kultur und die aus dieser Kultur gewonnene Fortzucht auf Galle-Kartoffel-Nährböden und auf Sauton'schen Nährböden stattfand. Herr Professor Deyke hat mir auch gelegentlich gesagt, dass er zu seiner Züchtung Hohn'schen Eiernährboden verwendet. Herr Professor Deyke hat mir dies bei einer Gelegenheit erklärt, als er sich darüber aussprach, dass die Züchtung auf dem Hohn'schen Eiernährboden ein schnelleres Wachstum habe, als die Züchtungen auf den beiden anderen Nährböden. Herr Professor Deyke hat mir aber nichts darüber gesagt, dass er die Fortzucht der Kulturen auf Hohn'schen Eiernährboden vorgenommen habe und dass er die Emulsion, die später zur Fütterung der Kinder dienen sollte, aus solchen Kulturen herstellen liess, die von ihm auf dem Hohn'schen Eiernährboden hergestellt wurden."

Auf die Frage der Nebenkläger, ob der Angeklagte nicht verhindert habe, dass Professor Deyke die zu wissenschaftlichen Zwecken hergestellte Emulsion nicht zur Fütterung der Kinder benutzte, antwortete Dr. Altstaedt: "Ich habe keine Veranlassung gehabt, mich zu vergewissern, was Professor Deyke mit den auf dem Eiernährboden gezüchteten Kulturen tun werde. Ich hatte auch kein Recht und keine Pflicht, mich darum zu kümmern, was Professor Deyke mit Züchtungen, die er zu wissenschaftlichen Zwecken im Laboratorium vornimmt, macht." Da Dr. Altstaedt völlig erschöpft war, wurde seine Vernehmung abgebrochen.

Es folgte die Vernehmung von Professor Deyke. Der Angeklagte gab einen Ueberblick über seinen beruflichen Werdegang, erzählte, dass er sein ganzes Leben dem Kampf gegen die Tuberkulose gewidmet habe; bereits seit seiner Assistentenzeit arbeitete er als Bakteriologe. Nach diesen Ausführungen kam es zu einem Zwischenfall. Dr. Schmincke, Stadtarzt in Berlin-Neukölln, zitierte aus Professor Deykes "Praktischem Lehrbuch der Tuberkulose" eine Stelle, in der der Angeklagte berichtet, wie er in der Türkei zur Heilung der Lepra als Erster lebende Bazillen verwandt habe. Dr. Schmincke und R. A. Frey stellten nun die Frage, ob Professor Deyke zur Erhöhung der Schutzwirkung gegen Tuberkulose auch in Lübeck Versuche mit lebenden artgleichen Bakterien durchführen wollte. Professor Deyke verneinte diese Frage in höchster Erregung. Seine Vernehmung wurde dann abgebrochen.

Der Sonnabend bleibt sitzungsfrei. Die Verhandlung wird Montag fortgesetzt.

+ + +
Autokatastrophe. In der Nähe von Zakropane (Polnisch-Oberschlesien) stiess ein Personenauto mit einem Autobus zusammen. Das Personenauto wurde zertrümmert, der Autobus geriet in Brand. 13 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

+ + +

4 Hinrichtungen. In Chikago wurden 4 Männer auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Der eine hatte zwei Polizeibeamte erschossen, der zweite einen Bankinhaber, der dritte gleichfalls einen Bankier und der vierte den Besitzer eines Hotels.

Aufgehobener Haftbefehl. In dem Ermittlungsverfahren gegen den im Zusammenhang mit dem Devaheim-Skandal schwerbeschuldigten Sohn des Devaheim-Generaldirektors Cremer aus Potsdam wurde der Haftbefehl gegen Cremer jun. aufgehoben. Nach Meinung der Staatsanwaltschaft besteht keine Verdunkelungsgefahr mehr.

Lotterieschwindel. Eine Schwindlerbande, von der zunächst zwei Mitglieder festgestellt werden konnten, ist in Berlin auf ziemlich raffinierte Weise in den Besitz mehrerer grosser Lotteriegewinne u.a. auch eines Hunderttausend Mark-Gewinns gekommen. Mitglieder der Bande machten sich die Gepflogenheit zahlreicher Lotteriekollekteure zunutze, zum Verkauf stehende Lose ins Schaufenster zu hängen. Wurde im Verlaufe der Ziehung, der jedermann beiwohnen kann, auf eins der ausgehängten Lose ein Gewinn gezogen, so fuhr schleunigst ein Mitglied der Bande zu dem Kollekteur, der über das Los verfügte, und erwarb es. Technisch war dieser Betrug insofern möglich, als die Kollekteure erst nach vollendeter Tagesziehung durch Schnellisten von dem jeweiligen Ziehungsergebnis in Kenntnis gesetzt wurden. Die Kriminalpolizei steht auf dem Standpunkt, dass Betrug vorliegt, da die Grundlage des Lotteriewesens der Zufall sei; der Zufall sei aber hier in betrügerischer Absicht ausgeschaltet worden.

Drama der Not. In Gelsenkirchen kam ein junger Arbeitsloser auf tragische Weise ums Leben. Der junge Mann hatte einen Einbruch in den Lagerschuppen einer Lebensmittelhandlung verübt und Würste und Käse entwendet. Als er sich auf dem Rückweg vom Tatort durch das vergitterte Fenster zu zwängen versuchte, rutschte die Jacke hoch, sodass eine harte Wurst dem jungen Mann die Kehle zudrückte.

Der Tod im Schacht. Auf der Zeche König-Ludwig 4/5 bei Recklinghausen sauste ein Förderkorb mit drei Bergleuten infolge unsachgemässer Bedienung 40 Meter in die Tiefe. Einer der Bergleute verunglückte tödlich, die beiden anderen erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

"Element 87". Professor Papish von der Cornell-Universität in Ithaka (U.S.A.; Staat New York) entdeckte das bisher noch unbekannte "Element 87", das, wie das Radium, zu einem der schwersten Elemente gehört. Durch die Entdeckung dieses Elements schliesst sich eine Lücke in der Erforschung unserer Materie. Es fehlt jetzt nur noch "Element 85".

Gerüsteinsturz. Auf einem Neubau in Warschau stürzte ein Gerüst zusammen. Zwei Bauarbeiter wurden getötet.

§ 218 in Amerika. In Yonkers (USA) erschoss sich ein 46jähriger Arzt, nachdem ihm die Anklage zugestellt worden war, einen Eingriff in das keimende Leben vorgenommen zu haben.



Was geht beim DHV vor?

SPD. Die Deutsche Handelswacht, die Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, meldete dieser Tage, die Verwaltung des DHV habe beschlossen, dass alle Verwaltungsmitglieder ihren Wohnsitz in Gross-Hamburg und ihren Dienstsitz im Verbandshaus am Holstenwall zu nehmen haben. Diese Neuordnung der Verbandsgeschäfte - so heisst es weiter in der Mitteilung der Handelswacht, dürfe die notwendige Fühlungnahme mit den Reichs- und Staatsbehörden nicht beeinträchtigen. Unter den Aufgaben des Verbandes habe durch den Druck der Not vor allem eine besonderes an Bedeutung gewonnen: das Siedlungswesen. Die Verwaltung habe die hieraus für den Verband sich ergebende Arbeit in Angriff genommen und ihre Betreuung Walther Lambach übertragen, der zu diesem Zwecke in Berlin bleibe und aus der Verwaltung ausscheide. Lambach werde in Berlin in ständiger Fühlungnahme mit den zentralen Stellen und in völliger Freiheit in politischen, wirtschaftlichen und parlamentarischen Fragen seine Aufgaben durchführen.

Ist der politische Einfluss Hugenburgs und der Nationalsozialisten im DHV bereits so stark geworden, dass jetzt an die Ausschaltung unliebsamer Führer, die sich gegen den neuen Kurs wehren, gegangen wird? Der Vorwand für das Ausscheiden Lambachs ist reichlich durchsichtig, und der in der Mitteilung der Handelswacht enthaltene Nachruf erscheint wenig ehrlich. Es heisst dort: "Das durch die Not der Zeit bedingte Ausscheiden Lambachs aus der Verwaltung ist für beide Teile ein schmerzliches Opfer, das nur getragen werden kann, weil die Grösse der gestellten Aufgabe jene Gemeinschaft sicherstellt, die Walther Lambach auch in einer anderen Form als Glied der Verbandsführung wirken lässt".

Lambach, der von den Volkkonservativen zum Christlich-sozialen Volk dienst übergetreten ist, wurde von der Verwaltung des DHV geopfert. Das ist der Sinn der Mitteilung der Handelswacht. Wer wird Lambach folgen? Der Ausgang der Hamburger Wahlen macht sich bemerkbar. Der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten in Hamburg ist nicht zuletzt auf ihre politische Aktivität im DHV zurückzuführen. Soll nun der Nazi-Einfluss auf die Führung des DHV sich noch stärker geltend machen? Die neue Entwicklung im DHV war vorauszusehen. Die Führung wird die Geister, die sie gerufen hat, nicht wieder los. Die Zeit, in der der DHV ganz unter den Einfluss Hitlers und Hugenburgs gerät, ist nicht mehr allzu fern.

Auf dem Leipziger AfA-Gewerkschaftskongress hat Aufhäuser, der Führer der freien Angestelltenbewegung, mit besonderem Nachdruck auf die Ideologie der Angestellten für die gesellschaftspolitische Entwicklung hingewiesen. Die Angestellten sind zwar schon rein zahlenmässig ein bedeutsamer Faktor geworden - während die gewerblichen Arbeiter von 1907 bis 1930 ein Wachstum um 31,3 % aufweisen, hat die Angestelltenschaft um 166,7 % zugenommen - allein die Proletarisierung der Angestellten hat noch nicht auch zu einem Klassenbewusstsein in der Gesamtheit der Angestelltenschaft geführt. Weite Angestelltenkreise sind noch in kleinbürgerlicher Denkweise befangen. Sie wollen um Gottes willen nicht als arbeiterähnliche Existenzen erscheinen. Die entsprechende Einstellung des DHV war mit einer wesentlichen Voraussetzung für das Erstarken

der faschistischen Bewegung in Deutschland, die ihre Rekruten - nicht ihre Offiziere - aus den Pleiten des verarmten und neuen Mittelstands holt - hochkapitalistisches Deutschland ist jedoch kein Raum für einen Ständestaat, kein Platz für Bewegungen zwischen den Klassen. Der Klassenkampf der Schwerindustrie sorgt zur Genüge dafür, dass sich die Geister scheiden und die Kräfte in zwei klar geschiedene Fronten konzentrieren.

Die soziale Entwicklung ist nicht ohne innere Logik. Je mehr der Kapitalismus ins Gedränge kommt, desto mehr zwingt er die Arbeitnehmer ganz allgemein, auch die Angestellten wie die Beamten in eine gemeinsame Front. Was wir in diesen Tagen bei der Bildung der Abwehrfront der Gewerkschaften gegenüber den Drohungen der Faschisten und Nationalkapitalisten in der sogenannten Nationalen Opposition erlebt haben, wird sich in neuer und verschärfter Form wiederholen. Die Angestelltenschaft wird unter bitteren Erfahrungen vom Unternehmertum selbst gründlichst darüber aufgeklärt werden, dass sie an die Seite der Arbeiter gehören; denn der Angestellte wird, je weiter die wirtschaftliche, technische, betriebsorganisatorische Entwicklung fortschreitet, dem Unternehmer immer gefährlicher und verdächtiger. Der Angestellte könnte ja unter Umständen auch ohne Kapitalisten den Betrieb leiten. In anderer Form, als heute noch so mancher brave Fridolin träumt, könnte der Traum vom Feldherrnstab im Tournister, in Erfüllung gehen, und daher wird man im Chefbüro immer ängstlicher und gehässiger. Daher hat aber auch der Afa-Bund, der sich die Aufgabe gestellt hat, das neue Proletariat - die Angestellten - für die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse zu gewinnen, die Entwicklung auf seiner Seite. Die Zeit arbeitet für die freie Angestelltenbewegung. Sie hat die Zukunft.

SPD. Der Schlichtungsausschuss Ludwigshafen fällte am Donnerstag einen einstimmigen Schiedsspruch, wonach der bisherige Lohntarif für die Pfälzer Textilindustrie unverändert bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird.

Vor einigen Tagen wurde für die Textilindustrie der Niederlausitz ein Schiedsspruch gefällt, der ebenfalls eine Verlängerung der bisherigen Löhne bis zum 31. Dezember vorsieht. Bei der Entscheidung über diesen Schiedsspruch werden sich die massgebenden Stellen hoffentlich vor Augen halten, dass die Textilarbeiter vom Lohnabbau nun wirklich genug haben. Die Textilarbeiter denken nicht daran, sich ihre Hungerlöhne noch weiter kürzen zu lassen. Ihr Widerstand gegen jeden weiteren Lohnabbau ist umso berechtigter, als die Lage der Textilindustrie sich bereits etwas gebessert hat. Die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück und die der Vollarbeiter ist im Steigen.

Abgesehen von den Textilbezirken Nord- und Südbayern sowie dem schlesischen Textilbezirk, sind jetzt überall die Tarife gekündigt. Von diesen Kündigungen werden rund 600 000 Arbeitskräfte betroffen. Der Höchststand der Belegschaftsstärke lag bei etwa 950 000; sie ist auf rund 700 000 zurückgegangen. Auf Schlesien, Nord- und Südbayern entfallen in der Textilindustrie etwa rund 100 000 Arbeitskräfte.

In der kommenden Woche beginnen die Verhandlungen für die grossen Textilzentren in Sachsen, und zwar am Dienstag in Chemnitz für Westsachsen und am Donnerstag in Dresden für Ostsachsen. Angesichts der scharfen Spannung zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft in der Lohnfrage kommt dem Verlauf der grossen Tarifbewegung in der Textilindustrie besondere Bedeutung zu.

SPD. Das Internationale Arbeitsamt hat eine Studie über "Probleme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten" herausgegeben. Das Buch ist verfasst von dem zweiten Direktor des Amtes, H.B. Butler. Es enthält reichhaltiges und interessantes Tatsachenmaterial über die Krise.

Die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit in Amerika sieht Butler in der auch drüben übertriebenen Tempo durchgeführten Rationalisierung, in einer übermässigen Spekulation, im Ratenzahlungssystem, in der Erschütterung des Vertrauens, in der Art der Verteilung des Wirtschaftsertrages auf Kapital und Arbeit und in der Einschränkung der Kaufkraft durch den Lohnabbau. Die übermässige Spekulation habe im Oktober 1929 zum Zusammenbruch des Effektenmarktes geführt, die Vertrauenskrise habe dann weiter einschränkend auf den Verbrauch gewirkt und die Geldausgabe abgedrosselt. Die Löhne seien nicht in dem Masse erhöht worden, wie es der Steigerung der Produktion entsprochen hätte. Der Anteil des Wirtschaftsertrages, der dem Kapital zugeflossen sei, habe den auf die Arbeit entfallenden Anteil überschritten. Der Lohnausfall, der sich infolge von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ergeben habe, sei für das Jahr 1930 - verglichen mit 1929 - auf 8 853 Millionen Dollar oder mit 20 Prozent der Lohnsumme von 1929 berechnet worden. Selbst wenn man die Lohnsenkung der in Arbeit stehenden Arbeitnehmer ausser acht lasse, sei die Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit wesentlich eingeschränkt worden, was wieder zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen habe.

Praktisch sei bisher im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika nur wenig ausgerichtet worden. Einigen Erfolg hätten die Bestrebungen zur Verringerung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit gehabt. Es sei eine Bewegung im Gange, die das Tempo der Rationalisierung und der Vermehrung der Produktionsmittel mässigen wolle. Ob in dieser Hinsicht ein Erfolg erzielt werden könne, sei zweifelhaft.

Eine öffentliche Arbeitslosenversicherung gibt es in den Vereinigten Staaten nicht, und die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung ist nur wenig ausgebaut. In einigen Gewerben, namentlich in der Bekleidungsindustrie, haben Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam Einrichtungen zur Arbeitslosenunterstützung geschaffen. In vereinzeltten Fällen haben Arbeitgeber auch versucht, aus eigenen Mitteln oder durch die Erhebung von Beiträgen für Arbeitslosenkassen ihren Arbeitern einen gewissen Schutz bei Arbeitslosigkeit zu gewähren.

SPD. Ein Streik ist eine ernste Sache. Bei den kommunistischen Gewerkschaftsstrategen aber wird aus einer ernsten Sache grober Unfug. So hat dieser Tage eine kommunistische Gewerkschaftskonferenz in Essen wieder einmal die Vorbereitung eines Bergarbeiterstreiks beschlossen. Die neue Aktion soll besser vorbereitet werden. Dabei war schon die letzte Streikaktion mehr als gründlich vorbereitet. Den ganzen September über wurde getrommelt. Trotzdem endete die wochenlang vorbereitete Aktion mit einem erstaunlichen Misserfolg. Nur 2 bis 3 Prozent der Ruhrbergarbeiter streikten, und bereits am 3. Oktober musste der Abbruch der Streikputsches beschlossen werden, obwohl man am zweiten Streiktag sich zu einer Ausdehnung der Bewegung über ganz Deutschland entschlossen hatte. Der einzige Erfolg des wilden Unfugs bestand darin, dass 1800 Bergarbeiter, die den kommunistischen Schreibern gefolgt waren, fristlos entlassen wurden.

Die Streikpleite ist ein klarer Beweis dafür, dass der kommunistische Bergarbeiterverband nichts anderes als eine Totgeburt war.

Wirtschaft mit Handel

Seriöse Kapitalflucht.

(Wo bleiben unsere Exportdevisen?)

SPD. Die deutsche Handelsbilanz hat in den Monaten August und September einen Ueberschuss von 685 Millionen Mark ergeben. Das Ergebnis dürfte wohl einzig in der Welt da stehen. Im Monat September haben wir für rund 448 Millionen Mark Waren eingeführt. Wir haben aber allein für 646 Millionen Mark Fertigwaren ausgeführt. Berücksichtigen wir die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, so ergibt sich eine Gesamtausfuhr von 835 Millionen Mark. Allein mit seiner Fertigwarenausfuhr kann Deutschland gegenwärtig seine gesamte Wareneinfuhr bezahlen und behält noch einen ganz beträchtlichen Ueberschuss. Gewiss, die Entwicklung ist auf die Krise zurückzuführen, die die Einfuhr, besonders den Import von Rohstoffen, drosselt und zur Abstossung von Lägern nach dem Ausland zwingt. Die Entwicklung wird sich auch nicht ewig fortsetzen, weil sie ein Kind der grossen Weltwirtschaftskrise ist. Vorläufig ist sie aber da und erbringt der deutschen Volkswirtschaft ungeheure Ueberschüsse. Die deutsche Reichsbank, die ja die Hand auf die Exportdevisen legt - Exportdevisen sind binnen drei Tagen der Reichsbank zum Kauf anzubieten - müsste eigentlich in Devisen schwimmen. Wenn das nicht so ist, zeigt das nur, wie gross die Kapitalflucht ist. Man muss leider feststellen, dass die grossen Ueberschüsse aus unserer Handelsbilanz immer noch von der Kapitalflucht aufgeessen werden,

Es war immer schon so in Deutschland, dass die grossen Konzerne ihre Filialen und ihre Tochtergesellschaften im Ausland belieferte, dagegen die Erlöse aus dem Ausland nicht einzogen; das Geld blieb im Ausland. So bildete sich das, was die Industrie so gern Valutareserve nennt. Es handelt sich um glatte Kapitalflucht. Diesen Weg haben die grossen Exporteure in Deutschland während der Kreditkrise beschritten. Sie lassen einfach die Erlöse für den Export im Auslande. So war das Kapital verschoben. Andererseits fordern die Exporteure, die gewöhnlich auch Importeure sind, bei der Reichsbank frisch-fromm-fröhlich frei Importdevisen an. Die Reichsbank hat vor einigen Tagen erklärt, dass sie Firmen, die die Exportdevisen nicht binnen drei Tagen abliefern, aus dem Kreditverkehr mit der Reichsbank ausschliesst. Da die Reichsbank gegenwärtig so ziemlich die einzige Stelle ist, die Kredite gibt, hat diese Drohung schon etwas auf sich. Es bleibt abzuwarten, wie viel sie in der Praxis wert ist.

Ein anderes Loch, durch das unsere Exportdevisen verschwinden, ergibt sich durch den Verkauf von Wertpapieren. Unkritische Gemüter nahmen an, dass mit der Schliessung der deutschen Börsen nach der Katastrophe des englischen Pfundes dieses Loch verstopft worden sei. Das war keineswegs der Fall. Es zeigte sich, dass die Besitzer deutscher Wertpapiere auf allen nur denkbaren Hintertreppen ihre Aktien abzustossen und auf nicht minder dunklen Wegen die deutschen Markguthaben in ausländische Zahlungsmittel umzuwandeln versuchten. Dass es nicht nur ausländische Besitzer deutscher Wertpapiere sind, die diese Hintertreppen gehen, versteht sich von selbst. An dieser Kapitalflucht sind - das haben die ausländischen Banken deutlich genug zu verstehen gegeben - deutsche Kreise und vor allem Kreise der sogenannten seriösen Wirtschaft in Deutschland beteiligt. Als es ganz toll wurde, kamen die deutschen Banken und die deutschen Bankiers, anscheinend auch erst auf ausländische Anregung, darin überein, Verkaufsauf-

träge aus dem Ausland nicht mehr auszuführen. Aber auch damit ist das Loch keineswegs verstopft, durch das ununterbrochen Devisen aus der Reichsbank abgezogen werden. Es bleiben immer noch die freien Makler. Sogenannte Pfuschmakler sind am Werke, denen - es muss in schwerer Zeit auch ein wenig Humor sein - die Regierung noch vor kurzem auf ihr lautes Wehgeschrei und ihre lauten Klagen einen Unterstützungsfond zur Verfügung stellte. Es kann nur so sein, dass sich sogenannte seriöse Wirtschaftskreise mit diesen Pfuschmaklern einlassen, um die Devisenschiebereien weiter zu betreiben. Es stehen ungeheuer schwere Strafen darauf. Aber es wird von Vielen immer wieder versucht, hier Schäfchen zu scheeren. Leider hört man nicht, dass mal auch einer von den Vielen der Strenge des Gesetzes verfallen wäre.

Man kann darüber streiten, ob es recht ist, die deutschen Börsen noch länger geschlossen zu halten. Sicherlich, den Bankgewaltigen ist es schon recht, wenn der Verkauf von deutschen Wertpapieren unterbunden und unmöglich gemacht wird. Nachdem die grossen Banken an den Emissionen überreichlich verdient haben und nachdem sie noch im April, wo Zinszahlungen auf Wertpapiere fällig sind, durch Manöver verschiedener Art, vor allem durch eine künstliche Börsenhausse, das Publikum zum Kauf von Wertpapieren verleiteten und den Sparern das letzte Geld aus der Tasche gelockt haben, ruhen sie heute auf den Lorbeer der Notverordnung aus. Die geschlossenen Börsen entheben sie von der Sorge, etwas für die Aktien zu tun, für die sie moralisch und nach den kaufmännischen Gepflogenheiten die Verantwortung tragen. Man hat ihnen das Risiko für ihr Geschäft, nachdem sie die Gewinne eingeheimst haben, abgenommen. Ewig kann man aber die Börsen nicht geschlossen halten. Man kann auch die Schliessung der Börsen nicht vom Kursstand abhängig machen. Wir haben ohne Zweifel heute Katastrophenkurse. Wer will aber angesichts der Kapitalverluste der deutschen Exportgesellschaften behaupten, dass die gegenwärtigen Niedrigkurse nicht auch echte Kurse sein können? Man muss die Börsenschliessung auch mal von einer anderen Seite betrachten. Es gibt weite Kreise in Deutschland, die in besseren Zeiten ihr Geld, ohne an Spekulation zu denken, in Wertpapieren, seien es Aktien oder Hypotheken, angelegt haben. Diesen Kreisen muss die Möglichkeit gegeben werden, ihren Besitz zu verwerten. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihren Besitz in flüssige Mittel, die sie zum Wirtschaften brauchen, umzuwandeln.

Aber gegen die Öffnung der Börsen spricht, wie bereits gesagt, die Kapitalflucht, die Hyäne der Baisespekulation. Aber braucht man, wie man das in Deutschland leider beliebt, tatenlos der Spekulation gegenüber stehen? Das ist nicht nötig, beweist das Ausland. An verschiedenen international bedeutenden Plätzen sind, um übertriebene, vor allem manipulierte Baissen zu unterbinden, scharfe Verbote für Baissegeschäfte erlassen worden. In Brüssel hat vor einigen Tagen bereits die Staatsanwaltschaft eingegriffen und Verfahren gegen mehrere Makler angestrengt, die nachweislich durch Spekulation über New York umfangreiche Baissegeschäfte mit empfindlichen Rückwirkungen auf die Brüsseler Börse getätigt haben. Auch in New York scheut man sich nicht, gegen Auswüchse mit aller Energie vorzugehen.

Kurzum, es herrscht nirgends eine solche Ohnmacht gegen die Spekulation wie bei uns. Weil man auch auf diesem Gebiet in Halbheiten steckt und klaren Entscheidungen ausweicht.

SPD. Der deutsche Aussenhandel schloss im Monat September mit einem Rekordausfuhrüberschuss von 363 Millionen Mark ab. Es werden Stimmen laut, die dahin gehen, dass damit die Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht hat.

In diesem Zusammenhang verweist man auf die englischen Ereignisse. Das englische Pfund hat sich um 20 Prozent abgeschwächt. Damit kommen die englischen Exporteure in die Lage, ihre Waren billiger auf die Weltmärkte zu werfen. Das muss natürlich auf den deutschen Export zurück wirken. Es ist auch bekannt dass die deutsche Industrie als Gegenwirkung eine neue Inflation der Mark und einen radikalen Lohn- und Gehaltsabbau (zerschlagung der Tarife) empfohlen hat. Die wirtschaftspolitische Entwicklung bei uns wird in den nächsten Wochen stark im Zeichen der Exportmärkte stehen. Um so wichtiger ist es, sich über die Tendenzen auf den Weltmärkten Klarheit zu verschaffen.

Zunächst interessiert die Frage, wie weit die englische Inflation die Position der englischen Exporteure verbessert. Das englische Pfund hat sich seit der Aufhebung der Goldwährung um 20 Prozent verschlechtert. Wenn nichts anderes in England eingetreten wäre oder nichts anderes eintreten würde, dann müssten die englischen Exporteure ihre Preise um 20 Prozent heruntersetzen können. Daran ist aber garnicht zu denken und zwar aus verschiedenen Gründen: Einmal ist selbstverständlich, dass sich das englische Preis- und Lohnniveau dem gesunkenen Pfundstand nähern wird. Das ist eine Entwicklung, mit der man in den nächsten Wochen und Monaten rechnen muss. Des anderen sind mit dem Sinken des englischen Pfundes alle Einfuhrwaren - und England ist ein sehr grosses Importland - teurer geworden. Die Wirkungen sieht man heute schon. Bis in das erste Drittel des Monats Oktober hat sich der englische Grosshandelspreisindex um 7,1 Prozent erhöht. Die Erhöhung beruht durchweg auf der Verteuerung von Einfuhrwaren. Der andere Faktor, die Erhöhung der binnenländischen Preise und englischen Löhne, ist bis jetzt noch so gut wie nicht in Erscheinung getreten, die Rechnung also, bei einer Entwertung des Pfundes um 20 Prozent müssen die englischen Ausfuhrpreise um 20 Prozent sinken, ist äussert primitiv und grundfalsch. Auch die englischen Fabrikanten können ja schliesslich aus englischen Pfunden keine Waren produzieren, sondern nur mit Hilfe von Waren und Löhnen, die aber bei den Voraussetzungen in England in der nächsten Zeit nur im Preis steigen können. Man muss hier die Entwicklung abwarten, um Schlüsse für den deutschen Export ziehen zu können. Die von der deutschen Industrie bereits aufgestellte Forderung nach einer Inflation und nach einer Lohnsenkung ist einfach unsinnig und entspricht wohl den Bedürfnissen bankrotter Industrieller, aber nicht den Bedürfnissen des deutschen Exports.

Wichtiger als der englische Einbruch in den Weltmarkt sind die allgemeinen Tendenzen, die sich gerade im September in einer starken Preisabflachung ausgeprägt haben. Die deutsche Einfuhr wird z.B. für den Monat September mit 448,4 Millionen Mark angegeben gegenüber 454,3 Millionen Mark im Monat August. Wertmässig ist eine Einfuhrsenkung eingetreten. Mengenmässig ist das aber nicht der Fall. Die Einfuhrpreise haben sich im Monat September nämlich um 3,6 Prozent vermindert, die Einfuhrpreise für Lebensmittel sogar um 5,9 Prozent. Setzt man diese Preisermässigung in Rechnung, so ergibt sich für den Monat September sogar eine Steigerung in der mengenmässigen Einfuhr. Das sind Dinge, die Deutschland nur zustatten kommen, wie ja Deutschland als Land, das den Hauptteil seiner Rohstoffe von draussen einführen muss, vorzugsweise an der Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten profitiert.

Anders steht es um die Ausfuhr. Die gesamte Ausfuhr betrug im Monat September 835 Millionen Mark gegenüber 802,6 Millionen im August. Besonders gestiegen ist die Fertigwarenausfuhr und zwar von 616,4 Millionen Mark im August auf 646,3 Millionen Mark im September. Bei der gestiegenen Ausfuhr dürfte die Leipziger Herbstmesse mitsprechen, die den Export von Weihnachtsartikeln, Kinderspielzeugen, Papier und Papierwaren, Schuhwerk und Lederwaren begünstigt hat. Der Hauptteil des gesteigerten Exportes fällt aber auf Mehrausfuhr von Eisen

und Textilien. Es handelt sich hier um eine Abstossung von Lägern an das Ausland, um flüssige Mittel zu beschaffen. Dass dabei Preisverluste in Kauf genommen werden müssen, ist selbstverständlich. So dürfte die mengenmässige Ausführsteigerung im September weit grösser sein als im Vormonat. Man nimmt an, dass sich die Mengen, die im September exportiert worden sind, gegenüber dem Monat August um 10 Prozent erhöht haben. Die Ausführpreise sind dabei um 5,5 Prozent zurückgegangen. Die Rohstoffpreise haben allein um 6,2 Prozent eingebüsst.

Wir sehen also, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten immer grösser wird, dass man wohl grössere Mengen unterbringen kann, aber zu sinkenden Preisen. In dem Masse, wie die Weltwirtschaftskrise ihrem Höhepunkt entgegen geht, wird sich die Konkurrenz auf den Weltmärkten steigern, werden die erzielten Preise in Wirklichkeit Verluste sein, auch in volkswirtschaftlicher Beziehung. Die ganze Steigerung des Exports ist schliesslich Schleuderei, die unserer Wirtschaft kein neues Blut mehr zuführt. Auch wenn die englische Katastrophe nicht gekommen wäre, hätten wir mit einer solchen Entwicklung rechnen müssen. Durch die englischen Ereignisse prägt sich diese Entwicklung nur klarer aus.

Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt, dass wir unsere Wirtschaft vom Export her nicht ankurbeln können. Wir nähern uns dem Zustand auf den Weltmärkten, wo nicht mehr verkauft, sondern verschleudert wird, dass wir für das Ausland umsonst arbeiten. Das muss zu der richtigen Idee zurückführen, den Inlandsabsatz durch Kaufkraftstärkung und Lohnerhöhung zu fördern. Das allein ist nur der Ausweg aus der Krise.

SPD. Die Konsumgenossenschaft Nürnberg-Fürth erzielte im Geschäftsjahr 1930/31 einen Gesamtumsatz von 13,429 Millionen Mark. Während im Geschäftsjahr 1929/30 noch eine Umsatzsteigerung von 18,87 Prozent erzielt werden konnte, ist dieses Mal eine Umsatzverminderung von 9,7 Prozent festzustellen, was einem Umsatzrückgang von über 1,439 Millionen Mark entspricht. Die Genossenschaft hat ihren Mitgliedern im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gesamtbetrag von 610 415 Mark rückvergütet. Die Mitgliederzahl wird für Ende des Geschäftsjahres mit 35 499 angegeben. Im Laufe des Jahres sind 3 611 Verbraucherfamilien der Genossenschaft beigetreten. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied stellt sich auf 378,31 Mark gegenüber 430,93 Mark im Jahr vorher und 323,78 Mark im Jahre 1928/29. Der Verein hat starke Preisermässigungen im verflossenen Jahr vorgenommen. In der Zeit von Juli 1929 bis Juli 1931 ermässigten sich die Preise z.B. für Baumwollwaren um mehr als 25 Prozent, für Trikotagen um 26 Prozent, für Herrenkleiderstoffe und Seidenstoffe um fast 35 Prozent und für Herrenkonfektion um 22,5 Prozent.

Das durch die Bilanz nachgewiesene Eigenkapital ist um rund 418 000 Mark = 5,4 Prozent höher als im Jahr vorher. Angelegte und flüssige Werte sowie Forderungen haben sich um rund 91 000 Mark gesteigert. Die Steigerung der eigenen Mittel (Geschäftsguthaben und Reserven) beträgt 80 000 Mark. Das gesamte eigene Betriebskapital wird mit 1,732 Millionen Mark angegeben = 48,80 Mark pro Mitglied. Die Sparkasse zeigt Mehreinzahlungen nur in den ersten beiden Monaten des Geschäftsjahres. Im ganzen Jahr wurden rund 487 000 Mark mehr ausgezahlt. Die Rückzahlung der Spareinlagen wurde aus laufenden Mitteln vorgenommen.

SPD. Die Weltwirtschaftskrise zeitigt recht wunderliche Sachen. Man hätte nie gedacht, dass Amerika einmal in die Lage kommen würde, seinen Dollar verteidigen zu müssen. Der Fall ist aber eingetreten. Amerika verteidigt den Dollar schon seit geraumer Zeit. Amerika musste in ganz kurzer Zeit seinen Diskontsatz auf 3,5 Prozent heraufsetzen, womit sich der Diskontsatz glatt verdoppelt hat. Die letzte Heraufsetzung des amerikanischen Diskonts erfolgte auf stärkere Goldabziehungen. Natürlich ist der Dollar mit Gold weit überdeckt, aber der Goldabfluss von New York nach Europa, insbesondere nach Paris, fängt an empfindlich zu werden und zwar in einem Augenblick, wo gegen den Dollar zweifellos eine grosse Baissespekulation im Gange ist und das amerikanische Publikum anfängt, seine Guthaben von den Banken abzuheben. Dem soll durch den höheren Zinssatz vorgebeugt werden.

Auf die vorletzte Diskonterhöhung in New York hat Paris mit einer Diskonterhöhung geantwortet, was darauf schliessen lässt, dass die Pariser Finanz es für angebracht hält, die französischen Guthaben möglichst schnell von New York abzuziehen und in Paris zu konzentrieren. Frankreich lässt sich dabei auch von Gründen leiten, die sich aus der französischen Gold- und Notenamsterei ergeben. Sehr wahrscheinlich ist damit zu rechnen, dass Paris auch seinen Diskont erhöht. Das Spiel New York - Paris bedeutet fürs erste, dass die Zeit des billigen Geldes auch in anderen Ländern gründlich vorbei ist.

SPD. Das Hygiene-Museum in Dresden hat eine neue Abteilung, die Sonder-schau Gesundheit und Krankheit, der Oeffentlichkeit übergeben. Sie ist durch eine Stiftung der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg errichtet worden und stellt nach übereinstimmender Auffassung der Fachwelt eine der wertvollsten, sicher aber die interessanteste Bereicherung und Ergänzung des Museums dar. In der neuen Gruppe Gesundheit und Krankheit wird ganz Ausgezeichnetes für die Gesundheitspflege geleistet. Erfreulich ist, dass ein Unternehmen der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit Mittel zur Verfügung stellen konnte, um den Ausbau zu sichern.

SPD. Die Amnestieanleihe der Reichsbahngesellschaft hat die Summe von 174 Millionen Mark ergeben. Die Anleihe selbst läuft bis Ende des Jahres weiter; jedoch ohne Steueramnestie. Es wäre ratsam gewesen, die Amnestie noch einige Tage weiter gelten zu lassen, da wahrscheinlich der Sieg der Regierung Brüning und die Aussicht, dass Deutschland keine Rechtsregierung erhalten wird, die Zeichnungen günstig beeinflusst hätte. An sich sind die eingegangenen 174 Millionen Mark ein sehr hoher Betrag, wenn man bedenkt, wie schwer es ist, heute auf dem Anleihewege Geld aufzubringen. Gemessen an der deutschen Kapitalflucht, die ja für diese Anleihe ausgewertet werden soll, ist das sehr wenig. Man erhält aber eine Vorstellung, wie gross die Kapitalflucht in Deutschland ist. Die aufgenommene Summe wird die Reichsbahngesellschaft für Zwecke der Arbeitsbeschaffung benutzen. Zunächst wird sie in die Lage kommen, die Drosselung in der Auftragsvergebung zu mildern. Von Neuinvestitionen soll abgesehen werden. Man will sich auf die Aufbesserung der Gleise, der Weichen usw. beschränken. Stark in Betracht kommt die Erneuerung der Brücken, besonders die Erneuerung von Steinbrücken. An die Eisenindustrie gehen rund 100 Millionen Mark und zwar 80 Millionen Mark für Bestellungen an Oberbaumaterial und 20 Millionen Mark für Bestellungen an Kleineisenzeug.

Unter politischem Druck.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Oktober)

SPD. Auch am Freitag war an der Berliner Produktenbörse infolge der herrschenden politischen Unsicherheit keinerlei Unternehmungslust vorhanden. Es fehlte völlig an Angebot, aber auch die Kauflust beschränkte sich lediglich auf Deckung des vorliegenden Bedarfs. Da hierzu das vorhandene Material nicht ausreichte, mussten die Preise für promptes Brotgetreide wie auch am Märkte der Zeitgeschäfte wieder erhöht werden. Prompter Weizen und Roggen befestigten sich um etwa 1 Mark, während am Lieferungsmarkt Preisgewinne für Weizen von 1 bis 1½ Mark und für Roggen von etwa 2 Mark durchgesetzt wurden. Auch im Mehlgeschäft blieb die Umsatztätigkeit sehr gering. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte kleines Angebot und geringe Nachfrage. Die Tendenz war stetig.

	<u>15. Okt.</u>	<u>16. Okt.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	213 - 216	214 - 217
Roggen	186 - 188	187 - 189
Braugerste	159 - 173	159 - 173
Futter- und Industriergerste	151 - 153	151 - 153
Hafer	140 - 148	140 - 148
Weizenmehl	27,25 - 32,25	27,25 - 32,25
Roggenmehl	26,25 - 28,75	26,25 - 28,75
Weizenkleie	10,00 - 10,20	9,90 - 10,10
Roggenkleie	9,10 - 9,30	9,10 - 9,30
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Oktober 229 (Vortag 227½)		
Dezember 232 plus Geld (231), Roggen Oktober 199 (196½), Dezember 198½-199½		
(197½), Hafer Oktober 151½ (151½), Dezember 153½-154 plus Brief (153½).		

Berliner Viehmarkt.

(16. Oktober 31).

SPD. Infolge geringen Auftriebs konnten sich die Schweinepreise erhöhen und zwar hatten die Tiere unter 200 Pfund mehr davon als die schweren Schweine. Auch auf dem Hammelmarkt, wo das Angebot knapp war, setzten sich Preiserhöhungen durch. Auf dem Kälbermarkt wurden im grossen und ganzen die Preise gehalten. Der Auftrieb an Rindern hätte grösser sein können. Die Preise zogen für Ochsen, Bullen, Kühe und Färsen in allen Klassen an.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pfund) 49 - 50 (48 - 49), c) (200-240 Pfd.) 46 - 48 (44- 46), d) (160-200 Pfund) 43 - 45 (40 - 43), e) (120-160 Pfd.) 38 - 42 (35- 40). Sauen: 40 - 43 (38-40). Kälber: b) 52 - 60 (52- 60), c) 40 - 56 (40- 58), d) 23 - 35 (25 - 35). Schaf: a) 36 - 38 (34 - 36), b) 38 - 42 (38 - 41), c) 33 - 37 (30 - 36), d) 20-28 (20-28). Kühe: a) 28 - 32 (28 - 31), b) 22 - 28 (20 - 26), c) 18 - 21 (17 - 19), d) 14 - 17 (12 - 15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 16. Oktober 1931.

Pogrom.^x

SPD. Stefan Prus verstummte. Unerwartet war Alexander Gargin ins Zimmer getreten und sagte: "Stefan, du hast mir doch versprochen, nicht mehr darüber zu reden. Warum hältst du dein Versprechen nicht?"

Der Gefragte antwortete nicht. Unwillig aber rief Ljuba, Alexander Gargin Frau: "Bin ich denn ein Kind? Du bemüht dich ängstlich, meine Nerven und mein Gemüt zu schonen und mir zu verheimlichen, was meine Brüder und meine Schwestern haben leiden müssen!"

"Wozu kann es nützen, wenn du dir diese Dinge anhörst und deine Seele mit Scheusslichkeiten belastest?" fragte Alexander mit müder Stimme.

Die junge Frau sprang auf, glühend vor Erregung. "Meinst du, ich sei ein Stein?!" brach es aus ihr hervor. "O Alexander, du könntest mich auf eine weltabgeschiedene Insel setzen und mich mit himmlischer Musik, mit allen Herrlichkeiten der Welt betäuben, so würde ich dazwischen doch immer die Todeschreie meines Volkes hören!" Und leise, in furchtbaren Schauern bebend, fügte sie hinzu: "Man hat meine Kindheit in einem Wirbel des Grauens ertränkt; ich kann mich nie mehr richtig lebendig fühlen, nie mehr meines Lebens froh werden

Als jetzt der Mann neben sie trat, sah sie eben so alt aus wie er, der viel Ältere, Vierzigjährige, merklich Alternde, der sonst neben ihrer jungen, blühenden Schönheit wie der Vater, nicht wie der Gatte erschien. Er setzte sich zu ihr und legte seinen starken Arm um sie.

Prus erzählte wieder. Wie unter einem Zwange gab er immer von neuem die gleichen Schilderungen, hartnäckig und stur, als müsste er die Bilder für alle Zeiten festhalten und in den furchtbaren Farbwirkungen vertiefen, unvergesslich machen dem entsetzten Beschauer, so, wie sie ihm selbst unvergesslich im Herzen eingezeichnet waren. Gleichermassen unter einem Zwange lauschten die Zuhörer. Um ihre Seelen war der hypnotische Bannkreis des Grauens gezogen, über dessen Peripherie sie trotz aller Anstrengung nicht hinauskonnten.

Aber eine Erlösung hielt der grausame Chronist immer für sie bereit: auf sie warteten die Zuhörer jedesmal wie Ertrinkende.

"Unbeschädigt an Leib und Seele kam Petljura, der Menschenschlächter, der die Juden massenweise und bestialisch hatte ermorden lassen, nach der Revolution nach Paris, wo er wie ein echter Spiessbürger sich schlecht und recht seines Daseins freute. Hatte Jehovah ihn vergessen, ihn, seine Schandtaten und das von ihm gemarterte Volk?! - Eines Tages wollte er auf dem Boulevard St. Germain ein Restaurant betreten. Da hielt ihn ein junger Mann an und fragte ihn: "Sind Sie Petljura?" Der vornehme, korrekt, wohlhänftig und fast gutmütig aussehende Herr bejahte. Blitzschnell zog der junge Mann einen Revolver und schoss auf ihn. Lautlos sackte Petljura zusammen und schlug mit dem durchlöcherten Kopf aufs Pflaster."

Ein Aufatmen folgte, wie immer, nach diesen Worten des Erzählers, die den blutigen Abschluss eines blutigen Dramas schilderten. Alle Anwesenden in dem grossen Raume schwiegen und hingen ihren Gedanken nach. In den tiefen Falten von Alexander Gargins zerrissenem und zerfurchtem Gesichte zuckte es. Die lange Narbe über seiner Wange fiel nicht sehr auf, weil sie sich wie eine der vielen Gruben zwischen die Wülste legte.

Dämmerung erfüllte das Kellergeschoss der Berliner Mietskaserne, in dem die russischen Flüchtlinge versammelt waren. Ihre Gedanken und Erinnerungen

kreisten hier wie überall und immer um den gleichen Punkt: die Judenpogrome, die schrecklichen Metzereien, denen sie vor knapp einem Jahrzehnt entronnen waren. Gezeichnete und vom Schicksal Geschlagene, deren Geist und Herz sich nie wieder vom Spuk des Erlebten befreien konnten. Ihre Seele war für immer umdüstert.

Ljuba verliess das Zimmer, um das Abendessen für die Männer zu bereiten. Man hörte sie in der Küche hantieren.

Die brennenden Augen Jerzy Gersinskis starrten aus dem Dunkel auf Alexander Gargin. Jerzy, der Bruder Ljubas, sprach selten und dann irr, wie im Fieber.

"Ein kleiner Junge war," - begann er - "als ich die grossen Judenverfolgung in Lodz erlebte. Russland hatte damals den Krieg gegen Japan verloren. Im Volke gährte es. Die Regierung suchte die Wut des Volkes von sich abzuleiten und warf ihr die Juden als Opfer hin. - An einem Herbstabend, bei einbrechender Dunkelheit, zogen die gedungenen Mörder durch das Ghetto und brachen wie die Wölfe in unsere Hütten ein. Sie trugen weite, schwarze Mäntel und Masken vor dem Gesicht oder schwarze, über das Gesicht hängende Schlapphüte. Unter den Mänteln hielten sie lange, scharfe Messer verborgen; damit erstachen sie alles: Männer, Frauen, Kinder. Unsere Eltern waren erschlagen. Ich hatte mich versteckt und auch die ohnmächtige Ljuba mit ins Versteck geschleppt. Da kam einer der Mörder ins Zimmer. In der Verzweiflung ergriff ich ein Küchenmesser, das ich zu mir gesteckt hatte, und warf es nach ihm."

Jerzy hielt einen Augenblick inne und sprach dann heiser und eindringlich: "Wenn ich deine Narbe sehe, Alexander, dann muss ich immer an jenen Messerwurf denken."

Alexander sagte nach einer langen Pause ruhig: "Diesen Vorfall will ich dir heute aufklären. Ein Freund von mir, der auch deinen Vater gut kannte, war Beamter des Gouverneurs von Lodz, der auf Veranlassung der Regierung die Pogrome stillschweigend duldete. Er beschloss, deine Familie zu retten; es gelang ihm aber nur, dich und deine Schwester zu beschützen. Mit deiner Waffe hast du ihn und demnach den Falschen getroffen. Komm mit in meine Kammer; ich will dir sein Bild zeigen."

Es klang wie ein Befehl. Jerzy folgte dem Schwager. In der Kammer standen sich die beiden Männer allein gegenüber.

"Du brauchst mir das Bild nicht zu zeigen", sagte Jerzy. "Ich weiss jetzt wer der fremde Retter gewesen ist. Verzeih mir, Alexander! Jahrelang habe ich mich mit dem bösen Verdacht gegen dich getragen. Ich konnte ja nicht ahnen, aus welchem Grunde du dich damals bei den Mördern befandest."

"Du darfst mein Geheimnis nie preisgeben!" bat Alexander. "Denn wie könnte es Ljuba je verwinden, dass ich mich überhaupt beiden Mördern befunden habe! Der Gedanke allein, dass ich deren Maske trug, wenn ich darunter auch mein Rettungswerk vollbrachte, würde sie mit ewigem Grauen vor mir erfüllen...."

Erich Kunter.

Der Goldfüllfederkönig.^x

SPD. Das also ist der "Goldfüllfederkönig von Wien": ein gutsituierter Geschäftsmann, der mit seinem wirklichen Namen gar nicht königlich, sondern ganz schlicht und einfach Ernst Winkler heisst und am Hohen Markt, einem der eleganten Geschäftsviertel Wiens, ein sehr gut gehendes Geschäft in Füllfederhaltern, Tintenkulis usw. unterhält. Daneben ist er - nun, vielleicht ein Narr. Jedenfalls glaubt er fest an seinen königlichen Titel und an seine königliche Bestimmung. In seinem Schaufenster, das im Uebrigen geschmackvoll dekoriert ist, hängen eine Menge Aufrufe und Bilder, so in notorisch faschistischer Haltung Mussolini, und dann er selbst: Goldfüllfederkönig Winkler, wie er auf

dem Markusplatz Tauben füttert. Darunter ein Bild vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig: "Wer weiss etwas oder wer ist der Herr mit dem strengen Blick vor dem grössten Denkmal der Welt???" (Drei Fragezeichen - bitte!) Dann geht es weiter: "Der deutsche Aussenminister oder ein prominentes Mitglied des Völkerbundes oder - - - Nein!!! Kein Geringerer als - - - S.M. - - - der Goldfüllfederkönig, der sich in geheimer Mission auf dem Wege nach Berlin befindet!!!" Daneben werden auf einem grossen Plakat diejenigen hübschen jungen Wienerinnen die bei der Ende September vom Goldfüllfederkönig ausgeschriebenen kostenloser Verghüungsreise nach Venedig wegen des grossen Andranges nicht berücksichtigt werden konnten, gebeten, sich "im eigensten Interesse ihr Offert nebst mitgesandter Photographie abzuholen und als kleinen Trost und Erinnerungsgabe sich eine Goldfüllfeder im Werte von 6 - 2000 Schilling kostenlos als Geschenk auszusuchen". Ich hatte leider keine Gelegenheit, eine hübsche junge Dame, die von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht hätte, zu sprechen. Aber da zu vermuten ist, dass die bewusste Reise nach Venedig nie ausgeschrieben wurde, erübrigt sich ja auch der Nachsatz.

Ich habe dem Goldfüllfederkönig einen Besuch gemacht, da ich mir an der Quelle selbst allerhöchste Informationen über eine Angelegenheit holen wollte, von der in diesen Tagen in den Wiener Zeitungen zu lesen war, und mit der der Goldfüllfederkönig zwar den Wiener Gerichten wieder Arbeit machen, dem Publikum aber - wie schon so oft - Stoff zum Lachen bringen wird. Er hat nämlich in diesem Frühjahr in Berlin einen Selbstmord vorgetäuscht. Auf der Spreebrücke gegenüber dem Wandelgange des Kaiser Wilhelm-Denkmal wurde ein Kistchen gefunden, in dem sich ein Tischtuch, zwölf Servietten und zwei Bilder (Mussolini und der Goldfüllfederkönig) nebst einem Abschiedsbrief befanden. Die Ermittlungen ergaben den wahren Sachverhalt, und nun hat sich der Goldfüllfederkönig vor dem Wiener Gericht wegen Betruges zu verantworten. So ähnlich war es in den Wiener Zeitungen zu lesen. Der "König" jedoch scheint es für unter seiner Würde gehalten zu haben, sich so ohne weiteres einem plebejischen Gerichte zu stellen, und er sandte einen Herold in Gestalt eines Wiener Dienstmannes, der ein allerhöchstes Sendschreiben überbrachte, in dem Seine Hoheit dem Gerichte kund und zu wissen tat, "dass gewisse Ereignisse der letzten Zeit, privater, geschäftlicher und politischer Natur" seine Nerven "arg in Mitleidenschaft gezogen" hätten, und dass er aus diesem Grunde eine Reise nach Italien haben antreten müssen. Neben der "Ehrenpflicht, eine hübsche junge Dame aus geheimen romantischen Gründen nach Italien zu entführen", sei es vor allem der Ausgang der Bundespräsidentenwahl gewesen, der auf den durchlauchtigsten Gemützustand einen so "niederschmetternden Eindruck" gemacht habe, dass die Erholungsreise nicht zu umgehen gewesen sei. Der Goldfüllfederkönig hat sich nämlich zum Bundespräsidenten wählen lassen wollen und hat deshalb eigens Aufrufe drucken lassen, die er in seinem Schaufenster in der Operngasse ausgehängt hat, und in denen er den Beamten das dreifache Jahresgehalt, den Monarchisten endlich einen königlichen Herrscher, den Arbeitern höheren Lohn und niedrigere Arbeitszeit und den Antimarxisten sogar "Tod allen Marxisten" versprach. Und gewiss ist es für ihn betrüblich, dass man nun wieder Herrn Miklas gewählt hat; ja, es bedeutet für ihn einen so heftigen Schlag, dass er sich unbedingt in Italien erholen muss.

Mir war es ja eigentlich recht angenehm, dass ich den Goldfüllfederkönig aller Wahrscheinlichkeit nach nicht antreffen würde, denn, offen gestanden, mir war ein wenig beklommen zu Mute. Schliesslich kommt ein Besuch bei einem gekrönten Haupte ja nicht alle Tage vor. Im Geschäft, das klein und elegant ist, fragt ein Herr (vielleicht der Innenminister des Goldfüllfederkönigreiches, denke ich) nach meinem Begehr. Ich erkundige mich, ob Herr Winkler noch verreist sei (den königlichen Namen auszusprechen, wage ich nicht). Er bestätigt es, und als ich mein Bedauern über die königliche Abwesenheit ausspreche, erkundigt er sich herablassend (so scheint es mir) nach meinem Anliegen. Sobald er jedoch erfährt, dass ich von einer Zeitung komme, läuft er ans

Telefon und telefoniert mit - dem Goldfüllfederkönig, jedoch nicht nach Italien, sondern nur eine Etage höher. Man nötigt mich auf einen goldenen Sessel und bedeutet mir, dass Seine Herrlichkeit gleich erscheinen werde. Unterdessen darf ich mir alte Zeitschriften ansehen. Dann aber ist es so weit: der "König" steht vor mir. Sein ganzer Schmuck besteht in einem ehemals weissen, jetzt aber ziemlich schmutzigen Kittel, wie ihn die Ärzte tragen, und in der rechten oberen Tasche glänzen als Wahrzeichen drei Goldfüllfederhalter. Sein Gesicht ist ruhig und gesund. Doch als er zu sprechen beginnt, merke ich, dass ich es nicht mit einem Normalen zu tun habe. Er spricht gedämpft und sehr langsam, und man fühlt, dass er besessen ist von seiner Idee und dem, was er sagt. Ich muss mich sehr zusammennehmen, ihn nicht fühlen zu lassen, dass ich nicht an ihn glaube. Ich vermute, dass er sehr böse werden kann, wenn ihn jemand auslacht. Als ich ihm sage, dass ich für ein reichsdeutsches Blatt arbeite, erzählt er mir, dass ihm die reichsdeutschen Journalisten "die Bude einrennen". Aber er will ihnen keine Auskunft mehr geben; er sendet auch keine Mitteilungen mehr an die Zeitungen (50 Schreibmaschinenseiten hat er an die "Münchner Neuesten Nachrichten" gesandt, aber sie haben nichts gedruckt!); sie sagen ihm ja doch alle, dass er verrückt ist oder nur Reklame machen will. "Habe ich das nötig? Aber man wird schon noch von mir hören in Deutschland! Ich werde sprechen". "Sie wollen nach Berlin?" frage ich.

"Ja - Sie möchten hinter meine Karten gucken? Gibt es nicht. Und ich gebe keine Informationen mehr. Ich habe schon viel zu viel Zeit mit den Reportern vertrödelt. Mache ich nicht mehr. Ich habe keine Zeit mehr. Sie werden schon noch hören."

Er winkt mit der Hand ab. Ich bin entlassen; die "Audienz" ist zu Ende. Der Herr "Innenminister" hat während der ganzen Zeit am Ladentische gestanden und uns zugehört. Ich weiss jetzt nicht: lächelt er spöttisch, oder lächelt er nicht? Ist ja auch einerlei. Was ich aber nun eigentlich wissen wollte, wie es sich mit der neuesten "Tat", mit dem "Selbstmord" des Goldfüllfederkönigs und der dazu gehörigen Prozessgeschichte verhält, habe ich doch nicht erfahren. Es war nichts aus ihm herauszubringen. So werde ich mich mit dieser Sache gedulden müssen, bis das Gericht die Verhandlung wieder aufgenommen hat, "nach der Rückkehr des Goldfüllfederkönigs aus Italien" - denn er liess dem Gericht vermelden, in zehn Tagen werde er wieder zur Stelle sein. Dann wird es viel Gelächter und jedenfalls einen Freispruch geben - es wäre nicht das erste Mal. Einen Verrückten lässt man laufen. Das ist leicht gesagt und getan. Doch: "Kinder und Narren..." - ich weiss nicht. - -

Goetz Mayer (Wien).

Paul Cézanne.^x

(Zu seinem 25. Todestag am 23. Oktober.)

SPD. Es ist erstaunlich, wie wenig die französische Kultur von der Niederlage von 1870 berührt worden ist. Ein Manet und Renoir führen den Impressionismus, den Naturalismus in der Malerei, in den siebziger Jahren auf den Höhepunkt und machen Paris zur Hohen Schule aller Künstler. Selbst die Deutschen der Deutschen: Menzel, Böcklin, Klinger, Thoma, haben die Pilgerfahrt an die Seine mitgemacht. Es war, als würden in den alten, vermufften Ateliers die Fenster aufgestossen, und als würde frische Lust hereingelassen; die "Freilichtmalerei" war eine Kampfansage an alle akademischen Rezepte aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Impressionismus bedeutet Revolution auf künstlerischem Gebiete wie der Materialismus auf geistigem. Es ist kein Zufall, dass Emile Zola so leidenschaftlich für die neue Malerei eingetreten ist.

Aber es ist wie ein Naturgesetz, dass auf jede Revolution eine Reaktion folgt. Es ist keine proletarische, sondern eine bürgerliche Revolution, die

die Freilichtmaler auf ihren Schild erheben. Dass es sich, wie bei allen Klassenangelegenheiten, nicht um etwas rein Französisches handelt, sondern um eine internationale Bewegung, die nur eben in Paris ihren Kristallisationspunkt hat, beweisen die ausländischen Namen der Begründer des Impressionismus: der spanische "Pissarro", der italienische "Raffaelli" und der englische "Sisley". Kurzum: man darf den Impressionismus nicht ideologisch, d.h. von der nationalistischen Warte, sondern nur materialistisch, vom Klassenstandpunkt aus, betrachten. Und da enthüllen sich auch sofort die Schwächen und Nachteile der bürgerlichen Befreiung: die negativen Elemente, die zerstörerischen, drängen sich vor die positiven, aufbauenden. Ueber der Freude an den Reizen des Lichts und der Atmosphäre geht die Ehrfurcht vor der Form, geht die Raumgestaltung und Komposition verloren. Selbst die Grössten unter den Freilichtmalern, Manet und Renoir, geben statt eines gesetzmässig gebauten Bildes einen mehr oder weniger zufälligen Naturausschnitt. Manet malt etwa eine Reiterin, schneidet aber dabei unbedenklich Kopf und Beine des Pferdes weg; oder er verstümmelt den Löwen, auf den sein "Löwenjäger" den Fuss setzt, zu einem braunen Klumpen. Die deutschen Nachahmer, Trübner oder Corinth, sind darin noch viel weiter gegangen.

Es macht sich da eine auflösende, eine ungeistige Tendenz bemerkbar. Die "Pointillisten", Seurat und Signac, halten sich an die naturwissenschaftliche Entdeckung der Zerlegung des Lichtes und zerteilen ihre Farbflächen in lauter leuchtende, schillernde Punkte. Ein Eugène Carrière wiederum taucht seine Figuren in mystische Nebelschleier. Mystische Neigungen machen sich geltend: Puvis de Chavanne und Gustave Moreau geraten ins katholische Fahrwasser, und Aman-Jean und Martin schliessen sich gar zu einem "Bund der Rosenkreuzer" zusammen. Man scheut sich nicht mehr, wie die Lyriker Mallarmé und Baudelaire mit der "Dekadenz" wie mit etwas besonders Grossartigem zu prahlen. Man wird ratlos und unsicher, weil der weltanschauliche Grund, auf dem die bürgerliche Klasse steht, ins Wanken gerät.

In dieser unklaren Situation findet ein Provinzler, der abseits von den lärmenden Schlagworten der Hauptstadt aufgewachsen ist, der Südfranzose Paul Cézanne, die Kunst vor. 1839, also sieben Jahre nach Manet, geboren, wächst er als Sohn wohlhabender Eltern in Aix in der Provence zunächst am Studium der "Vorimpressionisten", der Delacroix, Daumier und Courbet, empor. Er malt noch bräunlich wie seine Vorbilder. Erst 1873 - die Behutsamkeit seiner Entwicklung ist für ihn charakteristisch und wohl als Erbteil des französischen Provinzlers anzusprechen - tritt er mit den Führern des Impressionismus in Paris in Verbindung und verrät bis etwa 1880, als er schon längst in die Heimat zurückgekehrt ist, ihren Einfluss. In den letzten 26 Jahren seines Lebens ringt er sich dann zu seinem eigenen "neuimpressionistischen" Stil durch. In Paris verhöhn sie ihn, zucken über den verbohrtten Hinterwäldler die Achseln, als er ein einziges Mal zum "Salon" zugelassen worden ist. Das sind die Gesinnungsgenossen jenes Bürgers, der mit seinem Regenschirm ein Loch in eine Manet'sche Leinwand gestossen hatte. Als Cézanne wenige Jahre vor seinem Tode für das Kreuz der Ehrenlegion vorgeschlagen wurde, lehnte die Mehrheit der Akademiker diese Ehrung entrüstet ab. Und das alles nur, weil Cézanne die Erneuerung der Malerei vom Formalen, sozusagen vom Handwerklichen her, betrieb. Weil er aus den ältesten Meistern, etwa aus dem Poussin des 17. Jahrhunderts, die Notwendigkeit einer Bildarchitektur, eines Aufbaus nach geistigen Gesetzen, betonte. Weil er im Stilleben wie in der Landschaft durch die zufällige äussere Erscheinungsform die mathematische Grundgestalt des Würfels oder des Kegels hindurchschimmern liess. Und weil er gleichzeitig die Farbe als Baumaterial, nicht als blossen Augenreiz, verwendete. Weil er, ein malender Philosoph, auf das "Ding an sich" zurückging.

Das Verfahren barg freilich schwere Gefahren in sich. Es konnte, veräussert und verflacht, zu jener mathematischen Spielerei entarten, die wir dann,

nicht lange nach Cézannes Tode, als "Kubismus" schauernd erlebt haben. Aber es konnte auch, von wahrhaft schöpferischen Geistern erfasst, eine neue Blüte der Malerei heraufführen, wie wir sie in den Werken eines Gauguin und Van Gogh, eines Hodler und Marées besitzen.

Hermann Hieber.

Mensch und Maschine.^x

SPD, Viele Menschen sind stolz auf die kulturelle Entwicklung, die sie gleichsetzen mit der Höhe der technischen Leistungsfähigkeit. Sie sehen innerlich die weite Strecke, die das Menschengeschlecht auf dem Wege zur Kultur durchwandert hat, und halten alle Opfer für etwas Selbstverständliches, über das zu reden sich nicht lohnt. In der Maschine aber erblicken sie den grossen Helfer der Menschheit, der sie erlösen soll aus der Sklavenarbeit, und jede technische Neuerung erscheint ihnen als ein weiterer Schritt zu dem idealen Ziele, das ihnen vorschwebt: Die Befreiung des Menschen von übermässiger körperlicher Arbeit und die dadurch bedingte Freiheit zu geistiger Entwicklung und damit erst zu wahren Menschentum.

Winzig kleine Fortschritte reihten sich aneinander, ehe von einer grundlegenden Umgestaltung in technischer Hinsicht, von einer neuen Epoche gesprochen werden konnte. Niemand kann sagen, wann auf der Erde ein vernunftbegabtes Wesen zum ersten Male einen Stein bewusst und nicht instinktiv als Werkzeug benützt und ihn dann durch Verbindung mit einem Stiel zum Hammer oder zur Axt gestaltet hat. Kein Forscher vermochte bisher festzustellen, wer zuerst den genialen Gedanken hatte, unter den Schlitten das Rad zu setzen und so die gleitende in die rollende Bewegung umzuformen.

Im Keime finden wir in allen Werkzeugen vergangener Geschlechter die Elemente, aus denen unsre Maschinen zusammengesetzt sind. Zunächst war das Werkzeug Waffe, gleichsam eine Verlängerung der natürlichen Glieder. Körperliche Kraft, durch Übung erlangte Geschicklichkeit bis zur automatischen, d.h. geistlosen Anwendung der Werkzeugwaffe machten den Menschen zum grössten Mörder auf der Erde. Noch heute wirkt sich das in der Weise aus, dass bedeutende technische Erfindungen erst dann vom Staate gefördert wurden, wenn sie sich irgendwie für militärische Zwecke, also zum organisierten Massenmorde, verwenden liessen. Unterseeboot, Kraftwagen, Luftfahrzeuge, um nur einige der neuesten technischen Erfindungen zu nennen, wurden nicht im Hinblick auf ihre kulturelle Mission, sondern mit Rücksicht auf den ihnen zugewiesenen barbarischen Zweck gepflegt. Die kulturelle Seite der Erfindung mochte sich nebenher auswirken.

Der Mensch wurde durch das Werkzeug zum Herrn der Erde, solange sich dies Herrschaft auf andere Lebewesen erstreckte. Viel länger aber blieb er den Naturkräften untertan. Die handwerkliche Technik vergangener Jahrhunderte, die auf Übung beruhte, und deren Kenntnisse vom Vater auf den Sohn übertragen wurden, vermochte zwar manches gute Werk zu erzeugen, aber das sichere Erkennen naturwissenschaftlicher Zusammenhänge fehlte ihr. Der Mensch pochte auf seine Geschicklichkeit. Seiner beschränkten Erkenntnis wegen fühlte er sich als unbestrittenen Herrn.

Dann kam jenes grosse, furchtbare Erwachen, als die ersten eisernen Sklaven, die Feuermaschinen, wie man die Dampfmaschinen zunächst nannte, ihre Schwungräder drehten und die drüher mühsam von Menschen oder Tieren betriebene Pumpen und Förderwerke in den Bergwerken bewegten, und als zahlreiche Werkzeugmaschinen von ihnen ihren mechanischen Antrieb erhielten. Ein Sturm der Empörung und Wut durchbrauste die Welt der Arbeit. Die Schaffenden, Gesellen noch mehr als Meister, sahen in der Maschine den Feind, der ihnen das Recht auf Arbeit raubte. Jede neue Maschine, die den Erfinder beglückte, weil er sie

in den Dienst der Menschheit stellen wollte, wurde und musste von der Arbeiterschaft jener Zeit feindselig betrachtet werden, denn sie brachte nicht Befreiung von mühsamer Arbeit, sondern sie degradierte umgekehrt zunächst den Mensch zu ihrem Sklaven. Sie schrieb ihm das Tempo der Arbeit vor, die einfache Handgriffe in millionenfacher Wiederholung forderte, sodass Frauen und Kinder sie ausführen konnten. Jahrhunderte alte Handwerkskunst schien vernichtet zu sein. Ungezählte wurden ihrer Selbständigkeit beraubt und mussten froh sein, wenn sie in hässlichen Fabriken schaffen durften. Nur einigen Wenigen brachte die Maschine private Vorteile. Der Ruin der Anderen aber war das Hauptmerkmal, das zur Empörung reizte oder zum Untergange führen musste. Die von Menschenhand geschaffene Maschine, die ihre Gesetze in sich selbst trug, in geregelter Arbeit wirkte und von Oel und Kohle lebte, wurde zum Ausdruck einer höchsten Geschicklichkeit, wie sie sonst nur durch langjährige Arbeit erworben werden kann. Eine Revolution von weittragender Bedeutung hatte begonnen.

Allmählich jedoch stellten sich die Menschen auf die Maschine ein. Maschinenarbeit wurde immer mehr zum Zeichen einer guten Durchschnittsleistung. In langsamer Folge eroberte die Maschine eine Tätigkeit nach der anderen, und wenn sie zuerst Menschen von ihren Arbeitsplätzen vertrieb, die industrielle Reservearmee erheblich vermehrte und den Menschen unterjochte, so schien sie doch in der weiteren Folge wieder viele ihrer Fehler gut zu machen. Es wurde der Satz geprägt, dass jede arbeitssparende Maschine zwar auf der einen Seite Menschen überflüssig mache, sie auf der anderen jedoch notwendig brauche. Dieser Satz war mit gewissen Einschränkungen richtig bis zu dem Augenblick, als die Völker Europas in den Weltkrieg hineinschlitterten, durch den eine neue Revolutionierung der Wirtschaft in der Welt hervorgerufen wurde. Solange Europa der Hauptlieferant der übrigen Länder war, solange es möglich war, für europäische Maschinen und Einrichtungen immer neue Absatzgebiete zu finden, konnte die Lage der arbeitenden Massen ständig verbessert werden. Dem steilen Aufstiege der industriellen Wirtschaft ist heute ein ebenso steiler Abstieg gefolgt, und wieder zeigt sich, dass die Bäume nirgends in den Himmel wachsen. Wieder macht sich in der Arbeiterschaft eine den Maschinen feindliche Bewegung bemerkbar, die ihren Grund in der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit findet, die durch eine übertriebene Rationalisierung gefördert wurde.

Der Weg dieser Entwicklung ist bisher folgendermassen verlaufen: Der Mensch als Herr des Werkzeuges - die Maschine als Herr des Menschen, - der Mensch als Herr über die Maschine, und schliesslich doch wieder - die Maschine als Feind der schaffenden Massen. Ziel der sozialistischen Wirtschaft ist es, die Maschine in jedem Falle dem Menschen unterzuordnen, den Menschen zu befreien und ihm den kulturellen Aufstieg zu ermöglichen. W.M.

SPD. "Erdstrahlung".^X Die Erforschung der sogenannten "Höhenstrahlung" ist durch das grossartige Unternehmen des Professors Piccard, der dabei sogar sein Leben in Gefahr gebracht, hinreichend bekannt geworden. Dem Forscher C.A. Suckstorff ist es nun kürzlich gelungen, den Beweis dafür zu erbringen, dass es auch eine "Erdstrahlung" gibt. Diese Feststellung ist ihm durch sorgfältige und komplizierte Messungen am 136 m hohen Funkturm am Bahnhof Witzleben in Charlottenburg geglückt. Die von Suckstorff beobachtete Strahlung nimmt, je höher sie über der Erdoberfläche gemessen wird, umso mehr ab, während die Höhenstrahlung gerade umgekehrt, wie auch durch die Forschungen Piccards bewiesen wurde, mit wachsender Höhe über dem Erdboden zunimmt. Die "Erdstrahlung" hat eine ionisierende Eigenschaft, d.h., durch diese Strahlen wird der Zerfall von Gasmolekülen in Gasionen veranlasst, und dadurch wird das Gas elektrisch leitend. Suckstorff vertritt die Auffassung, dass die im Erdboden enthaltenen radioaktiven Stoffe diese von der Erde ausgehende Strahlung aussenden. - Es bedarf noch weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen, um Genaueres über Bedeutung und Einflüsse dieser "Erdstrahlung" ermitteln zu können.

Preussischer Landtag

252. Sitzung

SPD. Berlin, den 16. Oktober 1931

Abg. Hoffmann (Komm.) verlangt vor Eintritt in die Tagesordnung sofortige Behandlung eines kommunistischen Antrages gegen die Verschlechterungen in den Angestelltenbedingungen des Personals der Landtagswirtschaft. Es sei ausge-rechnet ein Vertreter der Sozialdemokraten gewesen, der der sozialen Besserstefung dieses Personals Widerstand entgegengesetzt habe.

Abg. Leinert (Soz.) gibt den letzteren Vorwurf an die Kommunisten zurück mit dem Hinweis darauf, dass die Kommunisten wissen müssten, dass nur der Prä-sident des Landtags im Verein mit dem Vorstand des Hauses derartige Wünsche des Hauspersonals prüfen könne, während Beschlüsse des Landtags darauf gar keine Einwirkung hätten.

Der kommunistische Antrag wird an den Schluss der Tagesordnung gesetzt. In der fortgesetzten politischen Aussprache beschäftigt sich

Innenminister Severing

mit den Ausführungen der Oppositionsparteien. Er hält dem Abg. Stendel (Dvp) vor, dass er sich zwar Mühe gegeben habe, die Zustimmung der Deutschen Volks-partei zu den Misstrauensanträgen zu begründen, dass aber sein Material sehr wenig stichhaltig gewesen sei, weil er sich sogar auf eine ironisch gemeinte Aeusserung des Ministerpräsidenten in der Sportpalast-Rede beziehen musste. Ministerpräsident Braun habe damals im Sportpalast Aeusserungen der National-sozialisten über ihre Bundesgenossen beim Volksentscheid zitiert, darunter, wie sich aus dem Stenogramm der Rede Brauns ergebe, auch die, dass die Kommunisten "sittlich verkommene Judenschweine in ihren Reihen" hätten. Braun habe im wei-teren Verlauf seiner Rede und seiner Zitate das Wort "Schweinebande" ausdrück-lich mit der Hinzufügung gebraucht, dass er so sagen müsste, wenn er sich den Jargon der Nationalsozialisten und Kommunisten zueigen machen wollte. Das er-gebe sich aus dem Stenogramm der Braun-Rede. Den Leuten aber, so betont der Mi-nister weiter, die sich jetzt mit den Nationalsozialisten verbünden wollen, muss ich schon sagen, dass sie wenig Selbstachtung aufbringen. (lebh. Zustimmung b.d. Reg. Parteien). Die Tatsache, dass Herr Stendel sich auf ironisch gemeinte Aus-führungen des Ministerpräsidenten beziehen musste, beweist, dass die Gegner der Staatsregierung sachliche Momente nicht vorzubringen haben (Unruhe und Zurufe rechts.)

Zur Reichsreform hat der Abg. Stendel gesagt, man müsse endlich einmal mit Taten vorgehen. Die gleiche Forderung habe ich schon zu einer Zeit aufgestellt, als die Durchführung solcher Taten noch möglich war. Jetzt aber, Herr Stendel, wo mit Unterstützung Ihrer Freunde das Element der Beunruhigung so stark ge worden ist, ist auch ihr Befehlsten nicht imstande, diese Taten zu ermöglichen. Jetzt kann nur noch eine Verständigung der Besonnenen uns helfen. Zur Frage der Meinungsfreiheit der Beamten beim Stahlhelm-Volksentscheid wende ich mich entschieden dagegen, dass man mir Wortbruch vorwirft. Ich habe im Hauptausschuss des Landtags nach dem Protokoll ausgeführt, dass ein Beamter, der in dieser schwie-rigen politischer und wirtschaftlichen Situation die von mir vorher geschilder-ten politischen Effekte des Volksentscheids fördern helfe, von seinen Dienst-pflichten eine sehr laxe Auffassung habe. Ich habe die finanziellen, wirtschaft-lichen und politischen Folgen eines gelungenen Volksentscheides des Stahlhelm dargelegt und erklärt, dass nun den Beamten ein bedeutsames Stück Selbstver-antwortung auferlegt werde. Dieser Meinung hat auch der Ministerpräsident zu-gestimmt und deutlicher konnte die Staatsregierung nicht werden. Es bestand ja auch ein wesentlicher Unterschied in der politischen Gesamtsituation zwi-

schen dem Februar/März ds. Js., wo das Volksbegehren lief, und dem August, wo der Volksentscheid vor sich ging. Im Februar/März konnte man die ganze Aktion als Demonstration des Stahlhelms auffassen, die die Aktivität des Stahlhelms zeigen sollte. Als aber das Volksbegehren Erfolg hatte, haben sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands Dinge ereignet, die jedem einsichtigen Beamten die Pflicht auferlegten, von sich aus zu überlegen, ob er noch am Volksentscheid teilnehmen dürfe. Der Minister erwähnt in diesem Zusammenhang den Zusammenschluss der nationalen Opposition, den Bankenkrach und das Hinzukommen der Kommunisten zu den Volksentscheidsparteien. In dieser Situation, so erklärt er weiter, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, die Bevölkerung auf die Wirkungen eines erfolgreichen Volksentscheid aufmerksam zu machen, und es mag sich darüber streiten lassen, ob die Form den Beifall Aller gefunden hat. Es ist also nicht richtig, dass die Beamten über die veränderte Stellungnahme der Staatsregierung zur Teilnahme am Volksentscheid nicht unterrichtet worden seien. Ohne ihre Grundeinstellung zu ändern, hat die Regierung verlangen müssen, dass unter den anderen Verhältnissen die Beamten sich drei- und viermal überlegen sollten, ob sie an einem Volksentscheid teilnehmen hätten. Und wenn ich so von Gefahren von Wahlen in diesen schwierigen Zeiten spreche, so befinde ich mich in Uebereinstimmung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey (lebh. Hört! Hört!), der in einem Interview einem Hamburger Journalisten erklärt hat, die Politik der nationalen Opposition verhindere baldige Neuwahlen und er halte solche Neuwahlen auch gerade in diesem Winter für gefährlich, weil man dabei mit Gewaltakten rechnen müsse.

Als der Minister nunmehr von Plänen der radikalen Gruppen spricht, die in den letzten Wochen entdeckt worden seien, kommen von den Kommunisten Huhu=Rufe und Zurufe: Enthüllen Sie doch, Der Minister erklärt, diese Pläne würden mit der Unschädlichmachung derer enden, die sie verfolgen. Er sei nicht so töricht, über solche Pläne von der Landtagstribüne herab zu sprechen. Er verweist darauf, dass es nicht an den Kommunisten gelegen habe, wenn die letzten Lohnbewegungen der Bergarbeiter und Hafendarbeiter nicht zu einer Katastrophe führten. Die Katastrophe sei vielmehr nur an der Disziplin der Gewerkschaften und der Zuverlässigkeit der Polizei gescheitert. Terrorgruppen in der KPD. seien festgestellt (anhaltender Lärm b. d. Komm. und Rufe: Hitler sagt dasselbe!) Weil er damit recht hat. Wir können in diesem Winter keine Wahlen machen, weil dann nicht politische Programme und Weltanschauungen den Wahlkampf beherrschen würden, sondern Revolver, Dynamit und andere ähnliche Mittel. Gerade die Polizei-offiziere und Beamten würden bei solchen Vorfällen ihr Leben aufs Spiel setzen, und ihr Leben ist mir dafür viel zu wertvoll. Wer nun auf den Polizeischulen diesen Verlauf der Dinge nicht erkannt hat, der ist ungeeignet, auf den Nachwuchs der Polizei in pädagogischem Sinne einzuwirken. Solange ich auf diesem Posten stehe, wird von diesen Auffassungen nicht ein Millimeter abgegangen (Unterbrechungen rechts). Die Stellungnahme des Leiters der Polizeiabteilung im Innenministerium, Min. Direktor Klausner; zu den sogenannten Massregelungen von Polizei-offizieren; ist in der Öffentlichkeit verzerrt wiedergegeben worden. Ich danke dem Abg. Leinert für die Mitteilung, dass ein Bericht der Polizei in Hameln an das Innenministerium nicht den Tatsachen entspricht. Eine Untersuchung hierüber wird eingeleitet.

Der Minister tritt sodann Ausführungen des Abg. Bork (Dnat.), der sich über mangelnde Initiative der Regierung beklagt habe, entgegen und erklärt, der Landtag sei selbst berechtigt, Initiativanträge zu beschliessen. Nicht nur der Minister, sondern auch die Abgeordneten hätten in Zeiten der Not ihre Pflicht zu erfüllen. Er, der Minister, wünsche ein gutes Verhältnis zu Offizieren und Mannschaften der Polizei; er wünsche ein Verhältnis wie das eines Kameraden zum andern. In der Fürsorge für die Polizeibeamten lasse er sich von niemand übertreffen. Die verfassungsmässige Regierung sei ein Stück der Verfassung,

deshalb müsse die Polizei nicht nur die Verfassung, wie der Abg. Borck meine, sondern auch die Regierung schützen. (Abg. Borck (Dnat.): Aber nicht eine Regierung, die sich über die Verfassung hinwegsetzt!) Der Abgeordnete Borck habe auch von einer Art Bespitzelung der Polizei gesprochen. Davon könne keine Rede sein; er, der Minister, lehne eine Bespitzelung ab. Eine Aenderung der Waffengebrauchsbestimmungen, die Abg. Borck gefordert habe, sei nicht notwendig; die Bestimmungen reichten aus. Wenn das nicht mehr der Fall sein würde, würden sie geändert werden.

Abg. v. Detten (Rad. Mittelst.) erklärt zunächst, dass er und der Abg. Dr. Rhode aus der Wirtschaftspartei ausgeschieden seien und sich zur Radikalen Mittelstands-Partei bekennen. Die Entwicklung habe der Auffassung recht gegeben, die sie zum Ausscheiden veranlasst hätte. Es komme darauf an, den Einfluss des marxistischen Systems zu beseitigen, das uns zum Abgrund geführt habe. Andererseits hätten auch Kartelle und Trusts sich katastrophal für den gewerblichen Mittelstand ausgewirkt.

Abg. Stendel (Dvp.) fragt den Minister, was er gegen die kommunistischen Terrorgruppen zu tun gedenke. Die Fürsorge für die Junglehrer und Assessoren, von der Kultusminister Grimme gesprochen habe, sei zu begrüßen. Die Sparmassnahmen im Schulwesen liessen aber darauf schliessen, dass der Kultusminister sich in der Regierung nicht habe durchsetzen lassen. Bei den pädagogischen Akademien habe sich gezeigt, dass man es an Sparsamkeit an der richtigen Stelle habe fehlen lassen.

Abg. Falk (Staatspt.) bezeichnet es als Pflicht des Landtages, auf die Regierung einzuwirken, wenigstens die schlimmsten Härten der Notverordnung zu beseitigen. Die Regierungsparteien hätten einen entsprechenden Antrag eingebracht, in dem vor allem auch die Beseitigung der Beförderungssperre verlangt werde. Die Worte des Kultusministers, dass seine Hauptsorge dem Lehrernachwuchs gelte, sei zu begrüßen. Angesichts der Not vieler Gemeinden und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Preussen nicht mehr helfen könne, sollten Land und Gemeinden eine Notgemeinschaft bilden, um eine schnellere und tatkräftigere Hilfe vom Reiche zu erlangen.

Abg. Kickhöffel (Dnat.) wendet sich besonders gegen die Sparmassnahmen auf dem Gebiet des Volksschulwesens, Mit den pädagogischen Akademien, die ausserordentlich kostspielig seien, komme man nun nicht weiter. Damals habe man die Warnungen der Rechten in den Wind geschlagen. Einen bewussten Schlag habe man gegen das Rektorat an den Volksschulen geführt, um die kollegiale Schulleitung der Verwirklichung näher zu bringen.

Kultusminister Grimme

äussert sich zu den Sparmassnahmen im Schulwesen. Niemand beklage die Auswirkung der Notverordnung auf diesem Gebiete mehr als er selbst. Er habe versucht die Sparmassnahmen auf das mindest mögliche Mass zu beschränken. Aber auch ein Kultusminister könne nur arbeiten im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Gesamtbedingtheiten des Staates. Er habe nach der Richtschnur gehandelt dass jemand, der den Staatsbankrott vermeiden wolle, heute das Erste tut, was nötig ist, um Kultur und Schule überhaupt am Leben zu erhalten. Wenn man sich vor Augen halte, dass von den 740 Millionen Reichsmark Ausgaben für den Kultushaushalt allein 630 Millionen für Personallasten beansprucht würden, ergebe sich zwangsläufig, dass die Sparmassnahmen überwiegend auf Personaleinschränkung hätten entfallen müssen. Die Durchführung des Abbaues werde sich über Monate erstrecken, sodass der individuellen Behandlung weitgehend Rechnung getragen werden könne.

Ausführlich erörtert der Minister die Not des Lehrernachwuchses und erklärt, in diesem Punkte drohe in der Tat die Notverordnung im eigentlichsten und tiefsten Sinne eine verordnete Not zu werden. Das gesamte Staatsministe-

rium habe die Verbitterung und Verzweiflung dieser jungen Menschen in keinem Augenblick der Verhandlungen leicht genommen. Wie gross müsse die Not des Staates sein, dass dieses selbe Staatsministerium trotzdem diesen Weg habe beschreiten müssen. Er sehe die grösste Gefahr der Notverordnung in voller Ueber einstimmung mit der Oeffentlichkeit darin, dass eine Generation von Lehrern aus zufallen drohe, die dem Lebensalter nach der Jugend am nächsten stehe. Denjeni= gen Lehrern, die durch freiwilligen Abgang der Jugend Raum geschafft hätten, spricht der Minister seinen besonderen Dank aus. Sein Grundsatz sei gewesen, soviel junge Lehrer wie nur möglich, in der Arbeit zu halten. Das sei, wenn auch mit verminderten Bezügen und verminderter Arbeit, bei 16 000 Junglehrern möglich gewesen. Von den Studienassessoren bezögen 1100 Anwärter weiter vier Fünftel ihrer Bezüge; auch sie bleiben in beschränktem Masse in der Arbeit. Es sei nicht richtig, dass über 100 Assessoren brotlos gemacht wären, da es gelungen sei, ihnen vielfach, teilweise durch opferwillige Mithilfe der einzel= nen Lehrerkollegien einen Erwerb zu verschaffen. Der Minister bezeichnete es als seine vornehmste Amts= und Gewissenspflicht, für den Lehrernachwuchs zu sorgen und auf Mittel und Wege zu sinnen, um Raum für die Jugend zu schaffen. Wenn man den Misstrauensantrag gegen ihn annehme, so würde heute auch sein Amtsnachfolger nicht imstande sein, eine andere Politik zu treiben.

Abg. Müller-Hessen (Komm.) erklärt, die amtliche Statistik Severings über die Todesopfer eines angelichen kommunistischen Terrors sei genau so viel wert wie die Eide von Polizeibeamten, die wegen Meineids bestraft worden seien. Wenn die Polizei, wie der Innenminister erklärt habe, zuverlässig sei, warum habe man dann beim Berliner Polizeipräsidium ein Sonderdezernat für die Ueberwachung der Polizeibeamten gebildet?

Abg. Dr. Graf von Posadowsky-Wehner (Volkspt.) ist der Ansicht, dass jede Regierung heute vor ungeheuren Schwierigkeiten stehen würde. Positive Vorschlä= ge habe man bisher auch von der nationalen Opposition nicht gehört. Man schlage dort lediglich neue Währungsexperimente vor, die leicht eine neue Inflation zur Folge haben könnten.

Abg. Dr. Hoffman-Münster (Dnat.) erörtert die Notverordnungsbestimmungen hinsichtlich des Hochschulwesens. Die Pensionierung der Hochschullehrer anstet= le der bisherigen Eremittierung bedeute einen ganz ausserordentlich schweren Eingriff in die Rechte der Hochschullehrer und den Charakter der Hochschulen.

Damit schliesst die Aussprache. Die Schlussworte der Antragsteller werden auf Verlangen der Deutschnationalen gegen die schwach vertretenen Regierungsparteien auf Dienstag vertagt. Die Abstimmungen sollen am Mittwoch stattfinden. - Nächste Sitzung: Dienstag, den 20. Oktober, 12 Uhr: Schlussworte zur politischen Aussprache, kommunistischer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschus= ses zur Nachprüfung des Stinnes=Urteils. Schluss nach 15 Uhr.

Deutscher Reichstag

56. Sitzung vom 16. Oktober 1931.

SPD. Abg. Dr. Mumm (Chr. Soz.) begründet eine Entschliessung des Kriegsbeschädigten-Ausschusses zugunsten der Kriegsbeschädigten. Er bedauert, dass die Deutschnationalen und Nationalsozialisten an den Ausschussverhandlungen nicht teilgenommen haben. Die Entschliessung wird debattelos aufgenommen.

Die Aussprache über die Regierung-Erklärung wird dann fortgesetzt.

Abg. Rippel (Chr. Soz.): Es geht heute um mehr als um ein Kabinett, es geht um die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Schrittmacher der radikalen Flügelparteien sind die rücksichtslose Politik Frankreichs und die schwere wirtschaftliche Not. Eine weitere Unterstützung hat die Agitation der Flügelparteien gewonnen durch die Sünden der früheren Regierungen. Die Rechtsopposition verdächtigt in ihren Versammlungen den Reichskanzler Dr. Brüning seit langer Zeit. Darum ist es erfreulich, dass gestern Adolf Hitler erklärt hat, er wolle Brünings Unantastbarkeit in keiner Weise anzweifeln. Die Parteigenossen Hitlers haben sich bisher leider anders verhalten. (Lauter Widerspruch der Nationalsozialisten. Dr. Frick und Dr. Goebbels rufen: "Wir haben das auch nie getan!"). Herr Dr. Goebbels, wenn Sie in Ihrem "Angriff" Dr. Hugenberg und seine Partei als einen "Misthaufen" bezeichneten, dann wundert es mich, dass sie sechs Wochen später mit diesem "Misthaufen" eine Einheitsfront bilden. Die Nationalsozialisten laufen jetzt Sturm gegen die Brüning-Notverordnung, in der die Kürzung der hohen Pensionen, die Kontrolle der Grossbanken und Kartelle angeordnet wird. Das sind doch Forderungen, die die Nationalsozialisten früher selbst propagiert haben. Die Ausführungen des Abg. Dr. Dingeldey waren wenig klar; aber ich habe den Eindruck, dass sie beginnen und enden mit der Forderung der Senkung der Löhne und der Auflockerung der Tarifverträge. Weder Dr. Dingeldey noch Dr. Oberföhrer haben ein Einschreiten gegen die preisversteuernde Politik der wirtschaftlichen Gross-Konzerne und Kartelle gefordert.

Abg. Dr. Neubauer (Komm) führt aus, die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland sei bereits vollständig bankerott, sie werde nur gehalten durch die riesigen Subventionen, die ihr vom Reich aus den Opfern der armen Steuerzahler zugeführt werden. Die Deutschnationalen seien an dieser Aussaugung des Volkes durch den internationalen Kapitalismus stark beteiligt. Zu den Ehrengästen der Harzburger Tagung gehörten neben vielen anderen Grosskapitalisten auch die Vertreter des jüdischen Michael-Konzerns, der englischen Shell-Kompagnie und der mit Rothschild zusammenhängenden holländischen Amstel-Bank.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heisst, dass sich die Wirtschaftspartei entschlossen habe, das Kabinett Brüning trotz aller Bedenken zu tolerieren. (Lärm rechts)

Reichskanzler Dr. Brüning:

Ich bin dankbar für die Anregungen, die in der Debatte gegeben worden sind. Die Reichsregierung widersetzt sich nicht einem Antrag, eine Reihe formulierter Vorschläge auf Änderung der Notverordnung einem Ausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Wir wollen nur, dass nicht die Klammern zerstört werden, die unser Wirtschafts- und Finanzgebäude zusammenhalten. Eine andere Gesamtlösung ist in der Debatte der Regierung von keinem Parteiredner den Regierungsvorschlägen entgegengehalten worden. Ich danke allen Rednern, auch dem Führer der Nationalsozialisten für die Vornehmheit, mit der sie die Polemik gegen mich in der Reichstagsdebatte geführt haben. Wenn diese Besserung der politischen Methoden auch in den Parteiversammlungen der kleinsten Orte platzgreifen würde, dann würden manche Massnahmen überflüssig sein, die wir nicht zu unserer Freude in die Notverordnung aufnehmen mussten. Es ist keine Freude, der Presse Zwangsaufgaben zu machen und ich wünschte den Tag herbei,

wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein würde, darauf zu verzichten. Enttäuscht hat mich die Erklärung der Landvolkpartei, die trotz aller Liebenswürdigkeit mit der Misstrauenskundgebung gegen die Regierung schloss. Ich kann es vom Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus nicht verstehen, dass man so vorgeht gegen jemand, der immer auch in der Konsumentenbewegung mutig für die Landwirtschaft eingetreten ist. Das ist ein ganz historischer Fehler vom Standpunkt der Landwirtschaft aus (Beifall). Die Notlage der Landwirtschaft ist zum grossen Teil auf die gesunkene Kaufkraft der Konsumenten zurückzuführen. Ohne das Vertrauen der Konsumenten in die Massnahmen der Regierung wäre es uns nicht gelungen, die schwere Bankenkrise zu überwinden. Wir haben uns, - das erwidere ich Herrn Dr. Dingeldey - bemüht, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzuführen auf einer mittleren Linie. (Rufe b.d.Komm.: "Hungerlinie!") Nein, nicht auf einer Hungerlinie, denn diese Linie würde letzten Endes durch die kommunistische Politik erreicht werden. So aber geht es nicht, dass mitten in diese Verhandlungen hinein gutgemeinte Aufrufe wirtschaftlicher Spitzenorganisationen hineinplatzen, die sofort zwei sich restlos verneinende Fronten herbeiführen. Das ist ja die Aufgabe dieses von Parteien unabhängigen Kabinetts, gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat alles zu tun, damit nicht in diesem Notwinter das deutsche Volk in zwei feindliche Heerlager gespalten ist. Herr Dr. Dingeldey hat gefragt, warum ich in den letzten Monaten nicht in Versammlungen gesprochen habe. Ich habe es nicht getan, weil ich sonst vielleicht mit zu grosser Schärfe mich hätte wenden müssen gegen die Intrigen und gegen die gehässige Politik, mit der gegen mich persönlich vorgegangen worden ist. (Hört! hört!) Der Alldutsche Verband hat bereits wieder eine Aktion in Gang gesetzt wie im Kriege gegen Bethmann-Hollweg. Ich habe einfach nicht Zeit genug, um mich zu wehren gegen die täglichen Angriffe, die in obskuren Blättern gegen mich gerichtet werden. Ich habe einen tieferen Glauben an den edlen Charakter des deutschen Volkes als diese infamen Skribenten (lebh. Zustimmung).

Bei dem Kampf der einen Seite dieses Hauses gegen die andere ist es leider nicht möglich, die Volksgemeinschaft in ihrem politischen Ausdruck herbeizuführen, die wir in dieser historischen Stunde des deutschen Volkes haben müssten. Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu begehen, der uns über diesen schweren Winter hinwegführen soll, der von vornherein eine geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft bedeutet. Wer das glaubt, wird in kurzer Zeit versagen. Aber hinter dem Versagen steckt dieses Mal etwas anderes. (Hört! hört! in der Mitte - Sehr wahr b.d.Komm.) Da es auf diesem Wege nicht möglich ist, so bin ich zu der Ueberlegung gekommen, ein Kabinett zu bilden, das an sich von jedermann in seinen Massnahmen und in seinem Programm akzeptiert werden könnte, denn die Linie, die gegangen werden muss, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich musste daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen, und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen, einen Wirtschaftsbeirat zu bilden. Wenn man glaubt, in diesen schwierigsten aussenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierungsvornehmen zu können, dann muss ich etwas sagen, was ich aus eigenster bitterer Erfahrung habe kennengelernt: jedes neue Kabinett mit einer anderen Etikette hat zunächst für einige Zeit mit stärkstem Misstrauen im Auslande zu kämpfen. Wir können keine Zeit verlieren. Nehmen wir einmal den theoretischen Fall einer Rechtsregierung. Wenn sie den Weg, der zur Freiheit führen muss, gehen will, so wird sie den Weg fortsetzen müssen, den wir gegangen sind. (Sehr richtig!) Aber sie wird dem Auslande gegenüber erst Erklärungen abgeben müssen, die die bisherigen Regierungen nicht abzugeben brauchten. (lebh. Beifall und Händeklatschen) Damit ich nicht missverstanden werde. Ich habe kein Wort von einer Kapitulationserklärung einer solchen Rechtsregierung

gesprochen und glaube, dass es überhaupt keine Partei in diesem Hause gibt, die jemals eine derartige Erklärung abgeben wird. Wie will man die Anschauungen innerhalb einer Rechtsregierung auf einen Nenner bringen? Man soll doch wenigstens einmal klar erklären, was man will (Sehr richtig!). Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt, den offenen Brief Hitlers an mich selbst ganz durchzulesen. Das bedeutet keine Kritik. Ich werde ihn durchlesen. Aber auf ein paar angestrichene Stellen dieses Briefes möchte ich eingehen. Hitler sagt, wenn auch nur vorübergehend eine Sanierung gelungen wäre, hätte niemand an die Revision gedacht. In dieser Auffassung liegt ein grundsätzlicher Fehler. Ich habe nicht mit einer Revision des Young-Planes angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolut finanziell wankendes Gebäude zunächst einmal zu stützen, um überhaupt darin leben zu können. Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat (Unruhe b.d.Komm.). Es zeigte sich dabei, dass es so mit den Reparationen nicht geht. Entweder gibt man uns das Geld, um es in Reparationen wieder zurückzuzahlen - und das hat auch einmal ein Ende -, oder man gibt uns die Freiheit, die Reparationen mit einem riesigen Ausfuhrüberschuss zu bezahlen, und auch das können die Völker nicht vertragen. Trotz aller Popularität mussten wir den Mut haben, unseren Weg zu gehen. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird sich zeigen, dass es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, dass diese Methode, die gewählt wurde, um eine Aufklärung der Welt über die wirkliche Lage Deutschlands zu schaffen, wirksamer war, als manche Forderung der Parteien. Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat, ihre Karten aufzudecken und nicht zu sagen, dass sie mit allem Auferlegten mit einem Schlage brechen will. Diese unsere Methode ist nicht neu, sie ist von besiegten Völkern immer wieder benutzt worden, um zum Erfolg zu kommen. Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Gesinnung nicht abzusprechen, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschliessen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseite zu lassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zuschaffen. (Anh.Beifall und Händeklatschen bei den Reg.-Part.).

Abg. Schmidt-Hannover (Dntl) verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u.a. betont wird: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstags würde eine aussen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, dass ein Abgleiten Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre: Der Misserfolg der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er scheiterte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte. Wenn der Kanzler in seiner Rede am Dienstag den Parteien die Verantwortung für alles, was kommen wird, überliess, so geben wir ihm und denen, die ihm zu einer Mehrheit verhelfen wollen, dieses Wort in seiner vollen Schwere zurück. Die Träger der Regierung werden nicht von der Verantwortung entbunden. Wenn der Kanzler die Befürchtung ausgesprochen hat, dass sich eine Rechtsregierung zu Erklärungen dem Auslande gegenüber veranlasst sehen würde, die die jetzige Regierung nicht abzugeben braucht, so können wir nur unser Befremden darüber aussprechen, dass der Kanzler überhaupt an solche Möglichkeiten denkt. Wir können ihn aber beruhigen: Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Rechtsregierung wird grösser sein als das Vertrauen zu seiner eigenen, hundertfach widerlegten Regierung. Der Bankrott der Aussenpolitik ist in erschütternder Weise zutage getreten. So vorbelastet will der Reichskanzler in die kommenden internationalen Verhandlungen eintreten! Damit steigt die Gefahr eines dritten Tributplanes und einer Verewigung der

deutschen Wehrlosigkeit auf. Wir erklären erneut, dass wir neue internationale Lasten und Bindungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen. Die Verantwortung für die Uebernahme solcher Verpflichtungen würde denen zur Last fallen, die diese Regierung nicht stützen. Wir lassen uns jedenfalls nicht von dem klaren Weg abbringen, auf dem wir Deutschland aus dieser Kerensky-Periode der Halbheiten, aus dem bürokratischen Despotismus dieses Verordnungsstaates in eine starke Zukunft hinüberführen werden. (starker Beif. b. d. Dnat. und Nat. St.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arb. Pt.) sieht die grösste Gefahr des neuen Kabinetts Brüning darin, dass der Wehrminister Groener gleichzeitig das Innenministerium führe. Groener sei immer ein Gegner der republikanischen Verfassung gewesen. Die Arbeiterschaft habe in Wirklichkeit nicht nur die Wahl zwischen der Groener-Diktatur oder Hitler-Diktatur, sondern sie müsse sich auf ihre eigene Kraft besinnen und den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnehmen.

Abg. Dr. Strathmann (Chr. Soz.): Wir bekennen uns in heisser Liebe zur Nation, aber gerade darum verneinen wir die Berechtigung der von der äussersten Rechten aufgestellten Forderung. Dr. Oberfohren lehnte parlamentarische Klopffechtereien ab, aber gerade seine Rede war eine parlamentarische Klopffechtereie. Seine Verurteilung der Notverordnung war eine exaltierte Unge-
rechtigkeit.

Abg. Sollmann (Soz):

Unser Antrag, der die Reichsregierung ersucht, Pläne und Forderungen auf Beseitigung und Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen, ist so wichtig, dass wir für ihn die sofortige Abstimmung im Plenum beantragen. Wir beantragen weiter die sofortige Abstimmung über unseren Antrag, der eine zusätzliche Winterhilfe fordert. Beide Anträge sind so eilig und dringend, dass auf Ausschussberatungen nicht gewartet werden kann.

Wir beantragen ferner, unseren Antrag, der die Neuregelung der Fürstenabfindung ermöglichen soll, ohne Ausschussberatung sofort zur Abstimmung zu bringen. Dieser Antrag bedarf im Gegensatz zu vielen anderen der vorliegenden Anträge keiner Ausschussberatung, denn er enthält keine neue materielle Regelung der Fürstenabfindung durch das Reich. Unser Antrag spricht lediglich eine Ermächtigung für die Länderregierungen aus, die bisher zustande gekommenen oder noch schwebenden Auseinandersetzungen mit ehemaligen Fürstenhäusern oder standesherrlichen Familien neu zu regeln und zwar unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage der Länder und weitester Volkskreise. Unser Antrag will ferner die Länderregierungen ermächtigen, bis zu dieser Neuregelung der Fürstenabfindung alle Zahlungen und sonstigen Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen. Der Reichstag fasst also keinen materiell bindenden Beschluss, sondern gibt den Ländern nur neue Möglichkeiten zur Regelung dieser Vermögensfrage.

Für die Dringlichkeit unseres Antrages spricht unter anderem das Urteil, durch das am 29. September dieses Jahres das Oberlandesgericht in Rostock zugunsten der ehemaligen Grossherzogin von Mecklenburg-Strelitz und ihren Töchtern Prinzessin Marie zu Lippe-Lippe und Prinzessin Militza von Montenegro Millionen vermögen zugesprochen worden sind. Nach diesem Urteil muss der Freistaat Mecklenburg zahlen: 1.) an die Prinzessin Marie zu Lippe 161 300 Mark und 8 % Zinsen seit dem 15. Juli 1925; 2.) an die Prinzessin Militza von Montenegro 500 000 Mark mit 8 % Zinsen seit dem 15. Juli 1925; 3.) 1 Million Mark mit 8 % Zinsen seit dem 15. Juli 1925. Dieses Urteil in einer Zeit, die von Millionen unserer Volksgenossen das Opfer bitterster Not verlangt, hat allgemeine Empörung hervorgerufen. Es ist die Pflicht des Deutschen Reichstags, den Ländern die Möglichkeit zu geben, endlich auf dem Gebiete der Fürstenabfindung Recht zu schaffen, wie es ein Volk in Not fordern muss.

Abg. Kling (Bayr. Bauernbund) erklärt, seine Freunde wären zwar nicht mit allen Massnahmen der Brüning-Regierung einverstanden, würden aber gegen die Misstrauensanträge stimmen.

Abg. Meyer-Hannover (Dtsch.Hann.) erklärt, seine Freunde würden sich bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge der Stimme enthalten.

Abg. Haag (Landvolk) beantragt Aufhebung der Zuckersteuer für Zucker zur Weinbereitung.

Damit ist die Aussprache beendet und es beginnen die Abstimmungen. Zunächst wird in namentlicher Abstimmung über den von den Kommunisten, Deutschenationalen und Nationalsozialisten eingebrachten Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinetts entschieden.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Misstrauens-Antrags mit 294 gegen 270 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen. Das Abstimmungsergebnis wird von der Mitte mit Beifall, von der Rechten und den Kommunisten mit Schweigen aufgenommen.

Vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen einzelne Minister erklärt

Abg. Leicht (Bayr.Vp.), offenbar zum Zweck der Abstimmungs-Beeinflussung sei den protestantischen Mitgliedern ein Zettel zugestellt worden, auf dem ihm - Leicht - Äusserungen über den Protestantismus in den Mund gelegt werden, die er nie getan habe. Auch Dr. Frank II (Nat.Soz.), auf den sich der anonyme Zettelschreiber beruft, könne sich solcher Äusserungen nicht erinnern. Es sei bezeichnend, mit welchen Mitteln von der Opposition gearbeitet werde. (Pfui!-Rufe.)

Die Abgg. Dr. Dingeldey (D.Vp.) und Döbrich (Landvolk) erklären, dass ihre Fraktionen den kommunistischen Demonstrativ-Anträgen gegen einzelne Minister nicht zustimmen würden.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen Minister Groener wird in namentlicher Abstimmung mit 321 gegen 233 Stimmen abgelehnt bei 16 Stimmenthaltungen. Ein Misstrauensantrag gegen den Ernährungsminister Schiele wird mit 377 gegen 233 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt, der Antrag gegen den Arbeitsminister Stegerwald mit 326 gegen 235 Stimmen. Die faschistisch-kommunistischen Anträge auf Auflösung des Reichstages und auf Aufhebung aller oder bestimmter Notverordnungen verfallen ebenfalls der Ablehnung.

Vor den weiteren Abstimmungen erklärt zur Geschäftsordnung Abg. Dr. Frick (NS), dass die Nazifraktion, weil sie die Regierung nicht stürzen konnte, den Reichstag wieder verlasse (Beifall - Lärm der Kommunisten, Echo der Nazis) und draussen weiter hetzen werde. - Die aus der Landvolkfraktion ausgeschiedene Gruppe Wendhausen schliesst sich dem Auszug an.

Abg. Dr. Leicht (Bayer.Vp) teilt mit, dass nach seiner Feststellung der Obernazi Münchmeyer die verleumderischen Zettel verbreitet hat, über die Dr. Leicht schon vorher gesprochen hat.

Abg. Gottheiner (Dntl) schliesst sich der Ausmarschkündigung Fricks an, die darauf unter lebhaftem Beifall der Mitte und heftigen Zurufen der Kommunisten in Vollzug gesetzt wird.

Abg. Torgler (Komm): Die Faschisten fliehen vor unseren Anträgen gegen Erfüllungspolitik und für die Erwerbslosen. Nieder mit dieser Youngpartei!

Abg. Sollmann (Soz):

Der Auszug der nationalsozialisten und Deutschenationalen wird niemanden überraschen. Schon die Erklärung Fricks bei Beginn der Debatte hat gezeigt, dass die Nationalsozialisten alles, was sie aussenpolitisch gefordert haben, verraten. Vor einem Jahr haben sie hier beantragt, die Aufhebung des Versailler Friedens, die Einstellung der Youngzahlungen und ein Ultimatum an Frankreich wegen Verzicht auf die Reparationsleistungen. In der Erklärung Fricks ist kein Wort von diesen Forderungen enthalten. Jetzt gehen sie aus dem Parlament hinaus, weil sie sich vor jeder verantwortlichen Abstimmung über Fragen der Aussenpolitik feige vor dem gesamten Volk drücken. Hitler hat in einer Erklärung, die er aus dem Braunen Hause an Vertreter der ausländischen Presse

versandt hat, sich so ausgedrückt, dass es der vollständige Nachweis dafür ist, dass die Nationalsozialisten, einmal zur Macht gekommen, sofort kriechen werden vor den ausländischen Kapitalisten, denn ihr ganzer Kampf gilt der Vernichtung der Rechte der deutschen Arbeiter. (Stürmische Zustimmung links) Der Auszug der NS erfolgt ferner, weil sie unter dem Befehl ihrer Geldgeber nicht wagen dürfen, hier im Reichstag für die Aufrechterhaltung des Tarifrechts zu stimmen. Für unseren Antrag, der die Reichsregierung auffordert, alle Pläne abzuweisen, die auf die Zerschlagung des Tarifrechts hinauslaufen, (lärmende Zwischenrufe der Kommunisten), dürfen die NS nicht stimmen, ebenso wenig für den weiteren sozialdemokratischen Antrag, der eine Neuregelung der Fürstenabfindungen unter Berücksichtigung der allgemeinen Notlage fordert. Auch die nationalsozialistischen Wähler sind empört über die Art der Fürstenabfindung, über die Gerichtsurteile, die im Interesse der Fürsten gefällt worden sind. Aber wie kann eine Partei öffentlich zu dieser Frage Stellung nehmen, deren Führer ja nur eine elende Marionette ist in der Hand der abgedankten Fürsten und Standesherrn. (Lebh. Zustimmung links)

Wir stellen diese Flucht der NS vor der Verantwortung fest. Wir scheuen uns vor diesen Herren nicht. Wir führen den Kampf mit den NS ebenso im Parlament, wie draussen. Darum sage ich: Diese Flucht der NS nach der Niederlage der Harzburger Front beantworten wir mit der Losung: Nieder mit dem Faschismus, vorwärts für ein Deutschland der Demokratie! (Lebh. Beifall der Soz. - Lärmende Zurufe der Komm.)

Präsident Löbe: Da in dieser Debatte die beteiligten Parteien gesprochen haben, schliesse ich sie, denn sie kann nicht endlos fortgehen.

Abg. Torgler (Komm): Nach dem Auszug der Faschisten ist nun eine Mehrheit vorhanden für die Annahme einer ganzen Reihe von Anträgen, die noch vorliegen. Hoffentlich wird nicht durch eine Vertagung des Reichstags auf den St. Nimmerleinstag wieder die Möglichkeit zur Ausnutzung dieser Mehrheit beseitigt.

Nach Ablehnung einiger weiteren kommunistischen Anträge in gewöhnlicher Abstimmung tritt eine einstündige Pause bis 20 1/4 Uhr ein. Um 20 Uhr tritt der Ältestenrat zusammen, um über den Tag der nächsten Vollsitzung zu beschliessen.

(Die Sitzung dauert um 9 Uhr noch an.)